

Hefte aus Burgscheidungen

Günter Wirth

Karl Liebkecht
über Christentum und Kirche

Eine Studie
zu seinem 100. Geburtstag
am 13. August 1971



180

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Günter Wirth

**Karl Liebkecht
über Christentum und Kirche**

Eine Studie
zu seinem 100. Geburtstag
am 13. August 1971



1971

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 54 Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 59 Siegfried Welz: Der algerische revolutionäre Befreiungskrieg
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 78 Gerald Götting: Die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Neuorientierung der Christenheit in Deutschland. Die Kirche und das Nationale Dokument
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 91 Luitpold Steidle: Das große Bündnis
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen
- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 109 Günter Wirth: Vom Schicksal christlicher Parteien 1925–1934
- 110/111 Gertrud Illing: Zum Scheitern verurteilt
- 115 Günter Wirth: Weltpolitik und Weltchristenheit
- 119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
- 121 Gerald Götting: In christlicher Verantwortung für Frieden und Sozialismus
- 122 Otto Nuschke: Koexistenz – das ist heute der Friede
- 125 Gerald Götting: Die Mitarbeit der christlichen Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik dient der friedlichen Zukunft der Nation (Schlußwort auf dem 11. Parteitag der CDU)

Zur Signatur des geschichtlichen Zeitraums 1900 bis 1917

Wenn man den Versuch unternimmt, aus Anlaß des 100. Geburtstags Karl Liebknechts dessen Haltung zu Problemen des Christentums, der Kirche, christlicher Parteien und Organisationen zu analysieren, wird es zunächst darauf ankommen, skizzenhaft die historischen Umstände zu charakterisieren, in denen Karl Liebknecht als ein Führer der deutschen Arbeiterbewegung auftrat. Es handelt sich hierbei, folgt man der neubändigigen Ausgabe seiner „Gesammelten Reden und Schriften“, um den Zeitraum zwischen 1900 und 1919.

Die Umstände dieser Zeit werden im wesentlichen im zweiten Band der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ beschrieben, und zwar im Kapitel IV bis 1914 und im Kapitel V (1914 bis 1917). Da sich die hier zu behandelnden Fragestellungen in Reden und Aufsätzen Karl Liebknechts ab 1918 kaum noch finden, kann man sich darauf beschränken, die Hauptlinien des zweiten Bandes anzuführen.

Wir haben es vom Ausgang des 19. Jahrhunderts an mit dem Zeitalter des Imperialismus zu tun, gleichzeitig aber — und hier treten schon die Gesetzmäßigkeiten in Richtung auf die qualitativ neuen geschichtlichen Entwicklungen in Erscheinung — mit der Epoche der proletarischen Revolutionen. Mit der Begründung des Leninismus und dem Entstehen der Partei der Bolschewiki verlagert sich der Schwerpunkt der internationalen Arbeiterbewegung nach Rußland.

Für die deutsche Arbeiterbewegung ergibt sich die Bestimmung ihrer Position aus der Analyse des Charakters und der Besonderheiten des deutschen Imperialismus. Hierzu wird in der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ festgehalten, daß der deutsche Imperialismus „sich von Anbeginn an nicht nur durch einen besonders hohen Grad der Konzentration der Produktion und des Kapitals, sondern auch durch eine besonders hohe Organisiertheit seines monopol- und finanzkapitalistischen Systems“ auszeichnete (2, S. 23).

Zu den Besonderheiten des deutschen Imperialismus werden u. a. gezählt: Fortwirken von Macht und Einfluß der Junker, Bildung eines junkerlich-bürgerlichen Ausbeuterblocks, Stützung seiner Klassenherrschaft durch den preußisch-deutschen Militarismus, brutaler Einsatz aller Machtmittel des Staates ge-

gen die Arbeiterbewegung sowohl im Bereich der sozialen und ökonomischen wie der politischen Kämpfe (Wahlrechtsbewegung), Einsatz des Militarismus nach außen und innen, Knechtung der nationalen Minderheiten und der Kolonialvölker, Verbreitung von Chauvinismus, Antidemokratismus und Rassismus „durch ein ganzes System bürgerlicher Parteien, Propagandaorganisationen und angeblich unpolitischer Vereine, wie der Kriegervereine“, mit deren Hilfe „das deutsche Volk mit der imperialistischen Ideologie verseucht wurde“ (2, S. 27).

Im ganzen ging es dem deutschen Imperialismus um die Realisierung einer aggressiven und räuberischen Expansionspolitik, die das Ziel hatte, die Vorherrschaft in Europa zu erobern und die Welt neu aufzuteilen. Hierbei waren der „Drang nach dem Osten“, die „Mitteleuropa-“ und die Nahost-Politik die Kanäle der Expansion des deutschen Imperialismus, der, im Zusammenhang mit dem Gesetz der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus in der Epoche des Imperialismus, bei der Aufteilung der Welt zu spät gekommen war und dessen Machtgier noch spezifische Züge durch die Abenteuerlichkeit des preußischen Junkertums erhielt.

Die Signatur der gesellschaftlichen Entwicklung zwischen 1900 und 1914 würdigend, schreiben die Verfasser der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“:

„Mit dem Übergang zum Imperialismus wurde die Abwehr der Versuche der mächtigsten Monopolkapitalisten, sich auf Kosten der ganzen Gesellschaft zu bereichern, ebenso wie die Sicherung des Friedens und die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten zu einem der brennendsten Probleme der Werktätigen. Das wachsende objektive Interesse immer größerer Teile der Nation an der Beseitigung der Allmacht der Monopole ergab die objektive Grundlage für die Vereinigung aller dieser zum Teil sehr unterschiedlichen Volksschichten zu einer umfassenden antiimperialistischen Bewegung unter der Führung der Arbeiterklasse, des konsequentesten Kämpfers für Frieden und Demokratie.“ (2, S. 28f.)

Von hier aus ergeben sich die Abschnitte des Kampfes der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung gegen Ausbeutung und politische Entrechtung, gegen imperialistische Rüstungs- und Weltmachtspolitik bis 1904, zwischen 1905 und 1909 (in diesem Zeitraum schon beeinflusst von den Auswirkungen der revolutionären Prozesse in Rußland) sowie zwischen 1910 und 1914, als eine tiefgehende politische Krise in Deutschland entstand und vom Anwachsen der Massenaktionen der deutschen Arbeiterklasse im Kampf für die demokratische Republik beantwortet wurde.

Sowohl die einzelnen Phasen dieser geschichtlichen Entwick-

lung wie auch die Entfesselung des ersten Weltkrieges durch den deutschen Imperialismus würden in ihrem Wesen nicht richtig verstanden, wenn die Problematik ignoriert würde, die durch die Auseinandersetzung zwischen Marxismus und Revisionismus in der deutschen Arbeiterbewegung schon zu Beginn unseres Jahrhunderts, auf dem Dresdener Parteitag der Sozialdemokraten 1903, und seit 1905 in der Erscheinungsform des Ringens zwischen den Linken, den Zentristen und den Opportunisten gegeben war. Hierzu heißt es in der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“:

„Für die Wahrung der revolutionären Traditionen in der deutschen Arbeiterbewegung und für deren weiteren Kampf war deshalb von entscheidender Bedeutung, daß im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen über die von der Revolution in Rußland aufgeworfenen Probleme der Strategie und Taktik in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen aus den Reihen der marxistischen Kräfte die deutschen Linken hervortraten. Unter wesentlichem Einfluß von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin begannen sich die deutschen Linken 1905/1906 deutlich als eine politisch-ideologische Strömung abzuzeichnen. Sie werteten wichtige Lehren der Revolution in Rußland aus, analysierten neue Erscheinungen des Klassenkampfes in Deutschland und zogen entsprechende Schlußfolgerungen, um die Wirksamkeit des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse zu erhöhen. Sie verteidigten in der deutschen Sozialdemokratie den Marxismus am konsequentesten, trugen zu seiner Weiterentwicklung bei und waren die besten Vertreter der revolutionären Klassenpolitik in der Partei wie in den Gewerkschaften.“ (2, S. 110f.)

Auf diesen Gesichtspunkt hinzuweisen ist im Zusammenhang der hier geplanten Analysen aus zwei Gründen besonders wichtig: einmal nämlich deshalb, weil ohne Hinweis auf den Revisionismus in der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914 der Übergang der rechten sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre auf die Positionen des Sozialchauvinismus und des Sozialpazifismus und damit in das Lager des Imperialismus nicht verständlich wäre – und welche Auswirkungen dies 1918/19, dann in der Geschichte der Weimarer Republik, insbesondere zwischen 1930 und 1933, gehabt hat und heute im Zeichen des Sozialdemokratismus in der westdeutschen Bundesrepublik hat, liegt auf der Hand.

Zum anderen ist dieser Hinweis deshalb von Bedeutung, weil in den folgenden Analysen Sachverhalte berührt werden, die gleichsam Einfallstore für Revisionismus waren, wenn man etwa an das Auftreten der 1900 bzw. 1903 Sozialdemokraten gewordenen Pfarrer Göhre und Maurenbrecher denkt, und weil von Liebknecht oft Parlamentsreden zitiert werden

müssen, also Äußerungen aus einer Arena des politischen Kampfes, in der sich der Revisionismus in der Sozialdemokratie besonders heftig austobte.

Daß Karl Liebknecht gerade auch im Blick auf die Probleme von Kirche und Christentum den revolutionären Standpunkt, unter dem Aspekt der Notwendigkeit eines breiten antiimperialistischen Bündnisses, einnahm, wird im einzelnen nachzuweisen sein; daß für ihn die parlamentarische Auseinandersetzung nicht die entscheidende Form des politischen Kampfes war und daß es für ihn keine Trennung der revolutionären und der parlamentarischen Tätigkeit gab, hat er selbst oft genug betont, und etwa in der Einleitung zum Band IV seiner „Gesammelten Reden und Schriften“ ist vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED formuliert worden:

„Das Wesentliche in seiner parlamentarischen Arbeit, auch in seiner Kritik reaktionärer Gesetze . . ., war jedoch für Karl Liebknecht, die Werktätigen an politische Aktionen heranzuziehen.“

(Liebknecht, IV, S, *9)

Damit ist die Zielstellung der vorliegenden Arbeit abgesteckt: im Blick auf Äußerungen Karl Liebknechts zu Fragen von Kirche und Christentum die Dialektik der geschichtlichen Prozesse vornehmlich zwischen 1900 und 1917 im Sonderfall zur Geltung zu bringen und in der Dialektik des Allgemeinen und des Besonderen die revolutionäre Linie des Kampfes gegen Imperialismus und imperialistischen Krieg, gegen wilhelminisches Gottesgnadentum und gegen klerikale Reaktion wie des Ringens um ein Bündnis aller antiimperialistischen, demokratischen Kräfte herauszuarbeiten.

Karl Liebknecht als Agitator

Wenn man im Lichte dieser notwendigerweise knappen Bemerkungen über die geschichtliche Situation, in der Karl Liebknecht wirkte, dazu übergeht, das eigentliche Thema, um das es hier geht, zu bearbeiten, wird man zunächst mit dem gebotenen Nachdruck darauf aufmerksam zu machen haben, daß es schlechthin unmöglich ist, alle Bemerkungen Liebknechts zu dieser Problematik anzuführen und zu bewerten. Insbesondere in seinen Parlamentsreden ist Karl Liebknecht so oft in polemischer Schärfe mit der „christlichen“ Demagogie der herrschenden Klassen ins Gericht gegangen, daß nur die zentralen Auseinandersetzungen mit den Kirchen, christlichen Organisationen und Parteien genauer analysiert werden können, während die ad hoc und oft auch ad personam gemachten Bemerkungen jeweils nur zur Illustration angeführt werden können.

In diesem Zusammenhang sei sogleich auch noch eine andere Feststellung vorab getroffen, die zur Charakterisierung der Persönlichkeit dieses Führers der deutschen Arbeiterbewegung, seiner Bildung, seines Stils, seines rednerischen Gestus gehört: Karl Liebknecht verstand es nämlich meisterhaft, seine Kenntnisse der Kirchengeschichte, der Bibel, des kirchlichen Vokabulars zu mobilisieren und in der Auseinandersetzung mit der politischen und kirchlichen Reaktion offensiv einzusetzen. Es seien hier wenigstens einige Beispiele für das angeführt, was Liebknecht in solcher Weise als Agitator geleistet hat. Dabei ist von einer Äußerung Karl Liebknechts in seiner Erklärung an den Ehrengerichtshof der Rechtsanwälte in Leipzig vom 24. September 1914 auszugehen:

„Die Form meiner Rede mag ästhetisch nicht befriedigen. Die Häufung starker Worte mag je nach dem Geschmack wenig Anklang finden. Die Stärke der Worte ist jedoch ein Ausfluß des Temperaments, der Stimmung, der Leidenschaftlichkeit, der politischen Gesamtaufassung und der persönlichen Art. Ich muß mir auch hier jedes Hineinreden verbitten. Es ist meine Sache, die nur mich als Politiker angeht, jeweils zu bestimmen, welche Form ich zur Erreichung meines politischen Zwecks für die geeignete halte. Ich fordere das Verständnis dafür, daß ich aus einer großen Erregung, um hoher idealer Zwecke willen, im Kampf um der Menschheit große Gegenstände die von mir gewählten Wendungen als den geeigneten sprachlichen Ausdruck meiner Gedanken und Empfindungen gewählt habe. Ich berufe mich auf die Bibel, auf Luther, auf die großen Dichter, auf Shakespeare, auf den Goetheschen Faust. Die Stärke des Ausdrucks kann und muß als ein Mittel anerkannt werden, den Grad einer Stimmung auszudrücken. Das Ethos des Zwecks und der Erregung kann die schärfste Form decken. Just in der heutigen Zeit sollte das Verständnis dafür größer geworden sein.“

(VIII, S. 152, sowie IX, S. 68)

Nicht zufällig in einer Rede im preußischen Abgeordnetenhaus, die der Bekämpfung des ostelbischen Junkertums galt, hat Karl Liebknecht diese Linie, über die er sich 1914 nicht zu seiner Rechtfertigung, sondern zu seiner Selbstverständigung und zur Formulierung seiner Anklage gegen die herrschenden Klassen äußerte, eindrucksvoll entwickelt. So sagte er etwa in der Polemik mit dem Reichskanzler:

„Besonders interessant ist die Schicksalsfrage: Geizt Herr von Bethmann Hollweg etwa nach dem Ruhm eines modernen Pilatus? Herr von Bethmann Hollweg als der moderne Pilatus!“

(VI, S. 30)

Und Liebknecht schloß diese Rede:

„Es gilt von dem preußischen Abgeordnetenhaus, was in der Bibel steht – Sie können es nachlesen –, Jacobus, Kapitel 5, Vers 1, 2

und 3: Euer Gold und Silber verrostet; und deren Rost wird ein Zeugnis gegen euch sein und wie Feuer euer Fleisch verzehren. Ihr habt Schätze des Zornes gehäuft in den letzten Tagen. Schätze des Zornes haben Sie gehäuft durch die ganze letzte Legislaturperiode. Sie werden die Strafe dafür erhalten. Dies irae, dies illa! Wir werden dafür sorgen, daß der jetzt bevorstehende Wahlkampf das ganze preußische Volk aufrüttelt in dem Sturmruf: Nieder mit dem preußischen Junkertum, mit dem schwarzblauen Block, nieder mit dem Dreiklassenhaus!“
(VI, S. 59)

Oder greifen wir eine Bemerkung auf, die Liebknecht am 23. März 1911, ebenfalls im preußischen Abgeordnetenhaus und ebenfalls zur Entlarvung der Junker, gemacht hat:

„Ich muß immer und immer wieder auf den Mord des Arbeiters Herrmann zurückkommen; wir werden nie und nimmer rasten, bis die preußische Staatsverwaltung hier ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben wird, und wir werden immer wieder mit Fingern zeigen auf dieses Kainszeichen, dieses Schandmal, das die preußische Polizeiverwaltung trägt.“
(IV, S. 297f.)

Wie genau diese Bemerkung ins Herz der Reaktion traf, zeigt das Eingreifen des Präsidenten von Kröcher:

„Präsident von Kröcher: Herr Abgeordneter, Sie dürfen nicht sagen, daß eine Verwaltung des preußischen Staats das Schandmal des Kainszeichens trägt. Herr Abgeordneter Dr. Liebknecht, ich rufe Sie zum zweiten Mal zur Ordnung und mache Sie auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen eines dritten Ordnungsrufs aufmerksam. („Bravo!“ rechts.)“
(IV, S. 298)

Schließlich seien aus der Fülle dieser Materialien wenigstens noch zwei Beispiele genannt.

Wiederum in einer Rede im preußischen Abgeordnetenhaus am 3. Februar 1911 nimmt sich Karl Liebknecht den berüchtigten Herrn von Jagow vor und sagt:

„Ich komme wieder auf Herrn von Jagow zu sprechen, den proklamationsreichen Mann. Herr von Jagow hat ja bekanntlich bei der Kaisergeburtstagsrede jene wundervollen Aussprüche zum besten gegeben, die man, wenn nicht darunter stände: ‚Herr von Jagow‘, vielleicht auf Herrn von Oldenburg zurückführen würde. Es ist jene Kürze, jene lapidare Kürze, die an Großartigkeit und düsterer Kraft sich nur noch mit jenen Befehlen vergleichen läßt, die der alttestamentarische Jehova seinem Volke zu geben pflegte. Man wird ihn vielleicht künftig statt Herrn von Jagow Herrn von Jehova nennen.“
(IV, S. 73f.)

Und wie Karl Liebknecht mehrfach das Bild von der Posaune des Jüngsten Gerichts auf den gesetzmäßigen Untergang der Reaktion bezog, so griff er in eben dieser Rede das der „Gottesgeißel“ auf:

„Aber auch mit Ihnen (rechts) werden wir schließlich fertig werden. Und das wissen Sie ja, daß wir mit Ihnen fertig werden. Haben Sie doch ganz vor kurzem in dem maßgebenden Organ der rechten Parteien, der ‚Kreuz-Zeitung‘, eine Auslassung lesen müssen, wonach die Sozialdemokratie nicht etwa, wie man früher zu sagen pflegte, von einigen böswilligen Hetzern erfunden und gemacht worden sei, sondern daß die Sozialdemokratie eine vom Himmel gesandte Gottesgeißel sei zur Erziehung der herrschenden Parteien in Deutschland und Preußen. (‚Hört! Hört!‘ bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.) Wir sind in der Tat eine Gottesgeißel (Erneutes Lachen rechts.), wir werden auch eine wirksame Gottesgeißel sein, und unsere Wirksamkeit wird sich auch darauf erstrecken, die preußische Justiz immer und immer wieder in schärfster Weise unter die Lupe zu nehmen...“
(IV, S. 80f.)

Tritt mit solchen Hinweisen auf Inhalt, Stil und Gestus des Parlamentariers und Arbeiterfunktionärs die Gestalt Karl Liebknechts plastisch vor uns hin und können wir uns mit ihrer Hilfe auch die Atmosphäre der gesellschaftlichen und geistigen Kämpfe der ersten fünfzehn Jahre unseres Jahrhunderts besser vergegenwärtigen, so wird es jetzt darauf ankommen, den Kern der inhaltlichen Aussagen Karl Liebknechts zur vorgegebenen Problematik freizulegen.

Geht man die „Gesammelten Reden und Schriften“ Karl Liebknechts durch (lediglich der zur Zeit der Abfassung dieser Studie noch nicht erschienene siebente Band der neubändigen Ausgabe mußte außer Betracht bleiben), dann wird man festzuhalten haben, daß es auch bei ihm die gleichsam klassischen Themen des Verhältnisses von Arbeiterklasse bzw. Arbeiterbewegung und Religion bzw. Kirche waren, die zum Gegenstand seiner Analysen und zum Anlaß seines Beitrags zur Entfaltung der Politik der Arbeiterbewegung wurden: Trennung von Kirche und Staat, Trennung von Kirche und Schule, Kirchenaustrittsbewegung, Ringen um das geistige und weltanschauliche Profil der jungen Generation und — last, not least — Entlarvung des Systems „Thron—Altar“, der Einheitsfront aller Schattierungen der klerikalen und politischen Reaktion, der Kulturkampf- und Kreuzzugs-Ideologie. Dabei entwickelte Liebknecht — etwa im Unterschied zu Engels und Mehring, für die diese Probleme in erster Linie theoretische Bedeutung hatten — die Intentionen der Arbeiterbewegung mehr im politischen bzw. parlamentarischen Kampf.

Was den zusätzlichen Wert von Liebknechts Erklärungen und Bemerkungen ausmacht, ist — wenn man dies verallgemeinert sagen darf —, daß er die inneren Auseinandersetzungen in den Kirchen und in der Theologie, und zwar sowohl im katholischen wie im protestantischen Raum, so gut kannte, daß heute viele

Bezüge in seinen Erklärungen zu zentralen kirchengeschichtlichen Ereignissen festgestellt werden können. Daher ergibt sich auch die alles andere als paradoxe Feststellung, daß Karl Lieb-knecht, je konkreter er seine Aussagen auf seine Zeit bezog, desto mehr über die Klassenkämpfe vor sechzig Jahren hinauszuwirken und uns in unseren heutigen Klassenkämpfen gegenwärtig zu sein vermag.

Die Rede vom 9. März 1911

Es mag daher angezeigt erscheinen, an dieser Stelle – gleichsam in Form eines Exkurses – zunächst einen Aufsatz wiederzugeben, den ich am 13. März 1971 in der „Neuen Zeit“ als Beitrag zu der Diskussion über die Referate von Paul Verner und Gerald Götting am 8. Februar 1971 veröffentlicht habe und der sich auf die – wenn ich es richtig sehe – entscheidende Äußerung von Karl Lieb-knecht zu Fragen der Kirche und des Christentums bezieht.

*

Vor sechzig Jahren und damit fast genau fünfzig Jahre vor dem 9. Februar 1961, nämlich am 9. März 1911, hielt Karl Lieb-knecht im preußischen Abgeordnetenhaus eine Rede zum Kultusetat, die sich mit grundlegenden Fragen der Trennung von Staat und Kirche befaßte und die mit Fug und Recht genannt werden muß, wenn – Paul Verner tat es am 8. Februar 1971 – die Linien der Kontinuität in der Haltung der deutschen Arbeiterbewegung zu den Kirchen und Christen aufgedeckt werden sollen.

In dieser Rede, die dreiundzwanzig Seiten im IV. Band der „Gesammelten Reden und Schriften“ (Berlin 1961) des Arbeiterführers umfaßt, gibt Lieb-knecht zunächst eine tiefe Deutung der Forderung nach Trennung von Kirche und Staat. Die Arbeiterbewegung sei gegen Kulturkampf, sagt Lieb-knecht und fügt, an die Adresse der Repräsentanten des reaktionären Preußens, hinzu:

„Der Begriff des Kulturkampfes schließt ein, daß gegen eine religiöse Gesinnung, gegen eine Kirche in irgendeiner Weise mit Ausnahme-gesetzen vorgegangen wird. Eine solche Forderung haben wir nie und nimmer aufgestellt und werden wir nie und nimmer aufstellen. Die ganze Geschichte unserer Partei beweist, daß wir allen Ausnahme-gesetzen auch in kirchlicher Beziehung stets und mit aller Schärfe entgegengetreten sind. Aber Ausnahme-gesetze sind es, die von I h n e n gefordert werden! Sie wollen in kirchlichen Dingen Ausnahme-gesetze haben, allerdings nicht Ausnahme-gesetze gegen die Kirche, wohl aber Ausnahme-gesetze für die Kirche, und natürlich bekämpfen wir Sozialdemokraten auch solche Ausnahme-

gesetze nachdrücklich. Von diesem Standpunkt aus gelangen wir zur Forderung der Trennung der Kirche vom Staat, einer Forderung, die sich auf sämtliche religiösen Bekenntnisse bezieht, einer Forderung, die . . . nicht das Geringste mit irgendeinem Kulturkampf zu tun hat.“

Von hier aus kann Lieb-knecht dann mit Recht hervorheben:

„Meine Herren, wenn wir nun in dieser Weise vollkommene Freiheit für die religiöse Betätigung wünschen, fordern und jederzeit zu vertreten bereit sind, so haben wir andererseits das gute Recht, an den religiösen Vorgängen, an der Betätigung der verschiedenen Kirchen unsere Kritik zu üben; denn davon kann doch natürlich keine Rede sein, daß um deswillen, weil wir uns gegenüber der Forderung nach Freiheit der religiösen Betätigung durchaus zustimmend verhalten, daß wir um deswillen nun auch die Vorgänge innerhalb jeder Kirche ohne weiteres in Bausch und Bogen gutheißen und als noli me tangere behandeln müßten. Im Gegenteil, wir sind aus den von mir vorher angegebenen Gründen zu einer solchen Kritik verpflichtet.“

Im folgenden geht der Abgeordnete der Arbeiterbewegung – die Tribüne des Parlaments benutzend, um die politische und weltanschauliche Auseinandersetzung im Sinne des Fortschritts zu fördern – auf damals aktuelle kirchenpolitische Fragen ein, von Vorgängen im christlich-nationalen Schifferverein bis zur rechtlichen Problematik des Kirchenaustritts. Aber auch theologische Dispute werden für Lieb-knecht zum Anlaß von nach vorn weisenden Überlegungen, etwa der um den seinerzeit die kirchliche Öffentlichkeit erregenden „Fall J a t h o“. Jatho hatte sich, wie Lieb-knecht hervorhebt, einer „allzu liberalen Gesinnung verdächtig“ gemacht und war in ein Ermittlungsverfahren des Evangelischen Oberkirchenrates hineingezogen worden. Es ist für die Einordnung eines solchen Falles in das strategische Vorgehen der Arbeiterbewegung interessant, wie Lieb-knecht ihn kommentiert:

„Sie haben sich gestern zu einem Teil lebhaft über den Antimodernisteneid entrüstet, der von den katholischen Geistlichen gefordert wird. Nun, . . . bei diesem Eid weiß man doch wenigstens, woran man ist . . . Wie steht es in dieser Beziehung in der evangelischen Kirche? Was gibt dem ketzergerichtlichen Disziplinarverfahren in der evangelischen Kirche den ganz besonders peinlichen Beigeschmack, so daß man sagen möchte, daß mindestens vom Standpunkt des Geistlichen der Zustand unter dem Antimodernisteneid dem Zustand vorzuziehen ist, der in der evangelischen Kirche besteht?“

Das heißt mit anderen Worten: Lieb-knecht mischt sich nicht in die inneren kirchlichen und theologischen Auseinandersetzungen ein, aber er arbeitet um so klarer heraus, wie die gesell-

schaftlichen Konsequenzen solcher Dispute zu bewerten sind, und er ist hierbei sogar bereit, die eigenen Konventionen der kirchlichen Amtsträger und die traditionellen staatsrechtlichen Normen, etwa in Preußen, als Bewertungsmaßstäbe aufzugreifen und sie allerdings gegen die klerikale Reaktion zur Geltung zu bringen. So betont er:

„Es ist ein Kennzeichen unserer Zeit, daß die Grundsätze über die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, die schon in dem Allgemeinen Landrecht, das in gewissem Sinne getränkt war von dem religiös-freiheitlicheren, rationalistischen Geist eines Friedrich ‚des Großen‘, wie diese Anschauungen nach und nach abgebröckelt sind... Die Paragraphen des Allgemeinen Landrechts, die sich mit der Freiheit des religiösen Bekenntnisses befassen, sind heute nichts weiter mehr als eine tönende Schelle und ein klingendes Erz.“

Vor allem aber ist zu unterstreichen, daß alles, was Liebknecht in seiner übrigens auch stilistisch glänzend formulierten Rede zu kritikwürdigen kirchlichen Vorgängen und theologischen Streitigkeiten anführt, in einer Klammer steht, vor die er ein eindeutiges Vorzeichen gesetzt hat, und genau dieses ist es, das die Rede vom 9. März 1911 über den Tag hinaus interessant sein und sie in die Vorgeschichte des 9. Februar 1961 bzw. des 8. Februar 1971 eingliedern läßt:

„Die evangelische Kirche ist in die Hände der Staatsgewalt gelangt, von der Staatsgewalt usurpiert worden“

– schleudert Liebknecht den parlamentarischen Repräsentanten von Thron und Altar entgegen, um dann den eigentlichen Kern dieses Systems herauszuschälen:

„Genauso wie... die Armee in die Hände der höchsten Konzentration der Staatsgewalt gelegt ist, genauso hat man auch die Kirche als das zweite, vielleicht wichtigste Mittel zur Aufrechterhaltung der Staatsautorität im Interesse der herrschenden Klassen in die Hände der höchsten Zentralisation der Staatsgewalt gelegt.“

Gehören diese Aussagen unter dem Rubrum „Abgrenzung von der Militärkirche“ in die Vorgeschichte der heutigen Bündnispolitik der Partei der Arbeiterklasse, so die folgenden unter das der gemeinsamen humanistischen Verantwortung von Christen und Marxisten. Liebknecht beschwört nämlich „dasjenige Christentum“, „das einst Jesus von Nazareth als eine revolutionäre religiöse Anschauung gelehrt hat“. Von hier zieht sich eine direkte Linie zu dem, was Walter Ulbricht am 9. Februar 1961 „das ursprüngliche Christentum“ genannt hat.

Liebknecht schloß seine große Rede mit der Entlarvung der Heuchelei der politischen und klerikalen Reaktion, und was er hierbei mit forensischer Schärfe und satirischer Pointierung

zum Ausdruck brachte, gehörte nicht nur in ein Lehrbuch der politischen Rede, sondern auch in das Stammbuch der Reaktion von heute (bis hin zu der des Sozialdemokratismus):

„Die einzige Partei, die in der Tat in konsequenter Weise dem Prinzip huldigt, daß Religion Privatsache sei, die das wirklich Ideale, Edle und Unverfügbare in dem religiösen Leben anerkennt, versteht und auch in der Politik und im Staatsleben usw. würdig zu behandeln sucht, die einzige Partei, die in Wahrheit Gewissensfreiheit vertritt, ist die Sozialdemokratie.“

(Hiermit ist natürlich die Sozialdemokratie von vor 1914 gemeint.)

Direkt an die parlamentarischen Repräsentanten des preußisch-deutschen Imperialismus gewandt, rief Liebknecht:

„Für Sie ist die Kirche ein politisch-sozialer Machtfaktor, für Sie ist die Kirche ein materielles Werkzeug, für Sie ist die Kirche in vieler Beziehung eine milchende Kuh, und für Sie ist die Kirche vor allen Dingen ein Mittel zur Niederhaltung der großen Massen des Volkes.“

Auf der Präsidiumstagung des Hauptvorstandes der CDU am Vorabend des 10. Jahrestages der Begegnung vom 9. Februar 1961 wies der Vorsitzende unserer Partei auf den grundlegenden Wandel hin, der in den Beziehungen der Kirchen zum Staat unter den Bedingungen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung erfolgte. „Der Sozialismus macht Schluß mit dem Mißbrauch des Christentums“, erklärte Gerald Götting. „Der sozialistische Staat lehnt es von seinem eigenen Selbstverständnis her entschieden ab, irgendeine religiöse Rechtfertigung für sich in Anspruch zu nehmen: weder hat er diese Rechtfertigung nötig, noch erwartet er sie. Damit ist den Kirchen die große geschichtliche Chance gegeben, all die unseligen Folgeerscheinungen früheren Mißbrauchs für reaktionäre Zwecke herrschender Kreise zu überwinden.“

Daß hierzu die bewußte Abgrenzung gegen den Mißbrauch des Christentums gehört, wie ihn heute das Bündnis der westdeutschen Militärkirche mit dem imperialistischen System in der BRD gerade auch unter der Flagge des Sozialdemokratismus darstellt, ist auf der Tagung am 8. Februar 1971 nachdrücklich unterstrichen worden. „Liebknecht und Kaiser Wilhelm, die faschistischen Henker und die antifaschistischen Widerstandskämpfer aller weltanschaulichen Richtungen hatten niemals gemeinsame Grundwerte“, erklärte Paul Verner. „Und ebensowenig haben die freien Bürger der DDR heute gemeinsame Grundwerte mit den imperialistischen Machthabern in Westdeutschland.“ –

Es wird sich zeigen, daß alle anderen zentralen Aussagen Karl Liebknechts sich um die der Rede vom 9. März 1911 gruppieren, diese entweder vorbereiten oder deren Linien ausziehen.

Kirche und Krieg, Christentum und Militarismus

In den Thesen vom November 1914, in denen Karl Liebknecht das Minderheitsvotum gegen die Kriegskredite begründete, wird im Zusammenhang mit der Definition des Charakters des ersten Weltkrieges unmittelbar nach seinem Beginn u. a. auch festgestellt:

„Unter Anrufung des Gottes der Nächstenliebe wird Zerstörung und Vernichtung über die Erde getragen, so der barbarische Kern der kapitalistischen Gesellschaft enthüllt und alles Gerede von Kultur und Christlichkeit dem Gespött ausgeliefert. ‚Christliche‘ Regierungen entfesseln den ‚heiligen Krieg‘ des Islam gegen die Christenheit und begeistern sich an ihm.“ (VIII, S. 165)

Und in einem von Anfang August 1915 mit „Implacabilis“ gezeichneten Aufsatz ist zu lesen:

„Verheißten war (zu Beginn des Krieges. G. W.) Erlösung geknechteter Nationen — aber der bluttriefende Mars ist kein Jesus Christus; er hat sie vollends ans Kreuz geschlagen; ihr Jammer hallt über den Erdball, brandet zum Firmament.“ (VIII, S. 266)

Mit diesen Charakterisierungen der Wirklichkeit des imperialistischen Krieges, seiner Ziele und Begründungen konnte Karl Liebknecht unmittelbar an das anknüpfen, was er in seinem revolutionären Kampf seit Beginn unseres Jahrhunderts über den Zusammenhang von klerikaler Reaktion und Militarismus immer zur Geltung gebracht hatte. Nicht zufällig stehen am Beginn des ersten Bandes der „Gesammelten Reden und Schriften“ Berichte über Reden Karl Liebknechts gegen den „Hunnenfeldzug“ des Jahres 1900; etwa in einer Rede am 11. November 1900 in Leipzig griff Liebknecht die Texte von Briefen einiger Angehöriger des deutschen imperialistischen Expeditionskorps auf und sagte:

„Die sogenannten Hunnenbriefe müssen bei jedem, der noch einen Funken von Menschengefühl besitzt, vor solchen Taten Abscheu erwecken. Das sind die Zivilisation und das Christentum, die in China verbreitet werden! Selbst von den Kanzeln herab hat man für die Erfolge in China gebetet.“ (I, S. 12)

Aus diesen und anderen Materialien zog Liebknecht dann in seiner berühmten Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ die Schlußfolgerung, die er analog hierzu auch in einer Rede in Stuttgart am 23. August 1907 (II, S. 18) vortrug:

„Daß auch die politische Maschinerie derjenigen Klasse, in deren Händen sie ist, weitere Machtmittel verleiht, um jenes Zahlenverhältnis zugunsten der herrschenden Interessengruppe zu ‚korrigieren‘, lehren vier uns allen wohlbekannte Einrichtungen: Polizei, Justiz, Schule und, was auch hierher gerechnet werden muß, Kirche — Einrichtungen, die die politische Maschinerie, die Gesetzgebungsmaschinerie, schafft und als Gesetzanwendungs-, Verwaltungsmaschinerie ausnutzt. Die ersten beiden wirken hauptsächlich durch Drohung, Abschreckung und Gewalt, die Schule hauptsächlich durch möglichste Verstopfung aller Kanäle, durch die das Klassenbewußtsein in Hirn und Herz strömen könnte, die Kirche aber in wirksamster Weise durch Anlegung von Scheuklappen, durch Erweckung der Begierde nach dem vorgegaukelten himmlischen Honig und durch die Angst vor der höllischen Folterkammer.“ (I, S. 256)

Und wenn Liebknecht in seiner Rede vor dem Berliner Parteitag der preußischen Sozialdemokratie darauf verwies, welche Intensität die „Soldaten- und Marineagitation und -organisation reaktionärer christlicher Vereine“ (II, S. 410) habe, so ist im Blick auf solche Probleme in seiner Schrift zu lesen:

„Die eifrige Pflege des ‚kirchlichen‘ Geistes, dessen Förderung im Februar 1892 ein — übrigens ohne Präjudiz abgelehnter — Antrag der Budgetkommission des Reichstags als besonderes Ziel der militärischen Erziehung ausdrücklich bezeichnete, ist auch hier bestimmt, das Werk der militärischen Unterdrückung und Versklavung zu vollenden. Instruktion und kirchliche Bearbeitung sind zugleich Zuckerbrot und Peitsche, das letztere nur in meist vorsichtig verschleierter Anwendung.“ (I, S. 295f.)

Schließlich bemerkte Liebknecht in dieser Schrift:

„Der Militarismus ist neben der katholischen Kirche der höchste Machiavellismus der Weltgeschichte und der machiavellistischste unter allen Machiavellismen des Kapitalismus.“ (I, S. 308)

Diese Grundthesen Karl Liebknechts über das Verhältnis Kirche und Christentum zu Krieg und Militarismus sollen noch mit Hilfe einiger weiterer Materialien beleuchtet werden. Dabei sei hier einmal der Hinweis beachtet, daß Liebknecht selbst berichtet hat, Geistliche hätten ihn nach seinem Hochverratsprozeß 1907 „unter Anrufung der Bibel“ gerechtfertigt, ja gepriesen (II, S. 260). Und zum anderen mag jenes wichtige Faktum erwähnt werden, daß er in einer Fußnote zu seiner Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ den Pfarrer César zitierte, der nach der „Leipziger Volkszeitung“ vom 1. Dezember 1906 die „Sauf- und Rauffeste“ der Kriegervereine angeprangert hatte (I, S. 298) — eben jener Pfarrer César, der — ein Freund von Emil F u c h s — vor einigen Jahren, fast hundertjährig, in Jena verstorben ist.

Als Liebknecht kurz nach Weihnachten 1911 in (Berlin-)Span-
dau über „Die Aufregung der Gegenwart“ sprach, erklärte er
einleitend:

„Sonderbar schein das Thema gewählt in einer Stunde, da uns
noch die Friedenslieder des Weihnachtsfestes in den Ohren klingen.
Der Menschheit zum Wohlgefallen soll das Christentum verkündet
sein — aber es hat seine Versprechungen nicht erfüllt. Wenn heute
das Lied vom Frieden auf Erden ertönt, dann klingt es wie ein
Hohn. Nirgends herrscht der Friede. Keine Zeit kann aufregender
sein als die unsere. In Asien, in Afrika hallt der Kriegslärm wider,
in Europa werden von Tag zu Tag die Kriegsrüstungen gesteigert.
Kann man da von einem Frieden reden, ohne der Wahrheit ins Ge-
sicht zu schlagen?“ (IV, S. 494)

Und in einer Rede Anfang 1913 kam Liebknecht auf Weih-
nachten 1912 zu sprechen:

„Gerade diese Weihnachten war es sehr charakteristisch, wie sich
die reaktionären Organe mit dem Christenwort abgefunden haben:
Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen. Die ‚Post‘
hat diese himmlische Botschaft, wie mir scheint, als eine Irrlehre
bezeichnet — jedenfalls beginnt sie einen Artikel vom 25. Dezember,
der ‚Irrlehren‘ überschrieben ist, gleich mit der himmlischen Bot-
schaft: Friede auf Erden. Und die ‚Deutsche Tageszeitung‘ schwingt
sich zu dem köstlichen Wort empor: Es ist schier so, als habe des
Menschen Herz alles das, was es an Liebe hegen und entzünden
kann, in diese Zeit hineingerettet. In der Tat, wenn man die Herren
von der Konservativen Partei betrachtet: Sie haben alles an Men-
schenliebe in diese Zeit hineingerettet, alles in den Weihnachts-
artikel hinein. Außerhalb des Weihnachtsartikels und insbesondere
in ihrer Politik, halten sie nichts weiter von Menschenliebe usw. . . .
Meine Herren, besonders zeigt sich ja die Travestie auf das Chri-
stentum, die in unserer heutigen Zeit von der Politik der kapitalisti-
schen Staaten getrieben wird, in der ‚Christbotschaft‘, die der Ka-
valleriegeneral von Bernhardt vom Stapel gelassen hat, und in der
Tatsache, daß gerade jetzt, zu Weihnachten, dem Volke ein neues
Christkind beschert worden ist in Gestalt einer Kruppschen Kanone
von ganz besonderen Dimensionen, die wahrscheinlich auch in der
neuen Militärvorlage eine Rolle spielen wird.“ (VI, S. 49 f.)

Auch das ist ein Gedanke, der sich wie ein Leitmotiv durch die
Reden und Aufsätze Karl Liebknechts zieht. In dem Hochver-
ratsprozeß, der wegen seiner Schrift „Militarismus und Anti-
militarismus“ gegen ihn geführt wurde, sagte er beispielsweise:

„Nach meiner Meinung müßte jedem Menschen, wenn er ein Kul-
turmensch ist, wenn er ein ehrlicher, anständiger Mensch, wenn er
ein ‚Christ‘ sein will, das Blut der Empörung ins Gesicht steigen,
wenn zum Beispiel ein Krieg zwischen Frankreich und Deutsch-
land ausbräche.“ (II, S. 144)

Und in einer Rede vom 24. Juni 1909 vor dem preußischen Ab-
geordnetenhaus ist zu lesen:

„Sie fragen nicht nach Recht und Gerechtigkeit. (Große Unruhe
rechts.) Sie fragen vor allen Dingen nicht nach Christentum und
Christenpflicht. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Sie treten das Chri-
stentum in Ihren Handlungen mit Füßen — (Glocke des Präsiden-
ten.)“ (II, S. 284)

Der dem Zentrum angehörende Vizepräsident Dr. Porsch
fühlte sich von dieser Erklärung offenbar besonders tief getrof-
fen; denn er unterbrach Liebknecht:

„Herr Abgeordneter, Sie dürfen doch nicht Mitgliedern dieses
Hauses den Vorwurf machen, daß sie die Grundsätze des Christen-
tums mit Füßen treten. Ich bitte Sie, derartige Anschuldigungen zu
unterlassen.“ (II, S. 284)

Wie Karl Liebknecht solche Gesichtspunkte in den Klassen-
kämpfen vor dem Krieg begründete, so erst recht und mit größ-
tem persönlichem Mut in den Klassenkämpfen während des
Krieges. Zwei Beispiele sollen hierfür noch angeführt werden.

Am 3. März 1916 sprach er im preußischen Abgeordnetenhaus
zum Justizetat:

„Meine Herren, soll ich die Frage aufwerfen, wie es heute mit den
Zehn Geboten steht, heute, in der kapitalistischen Gesellschaftsord-
nung im Weltkrieg? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was
ist aus dem ‚Liebe deinen Nächsten‘ geworden? — Morde deinen
Nächsten!“ (VIII, S. 493)

Und in einer seiner letzten Parlamentsreden beschäftigte sich
Karl Liebknecht am 16. März 1916 mit dem Kultusetat. Hinsicht-
lich des Religionsunterrichts im System „Krieg und Schule“ be-
merkte er:

„Meine Herren, und nun die Religion in der Schule, auch in der
höheren Schule! Glauben Sie mir, der Gegensatz läßt sich nicht
überbrücken, durch die geschickteste Dialektik nicht und durch die
stärksten, zartesten und größten Mittel der Pädagogik nicht, der
Gegensatz zwischen Religion und Christentum und dem heutigen
Völkermord. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Riß
klafft unüberbrückbar. Der Vorhang des Tempels ist zerrissen.
(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, soll ich da-
von sprechen, in welche seelischen Schwierigkeiten auch die Kinder
Ihrer eigenen Klasse kommen, wenn sie hören von dem Gott, der
der Gott aller Menschen, also ein internationaler Gott ist, und dann
wiederum hören, wie dieser Gott reklamiert wird von jeder Nation
für sich. Und wozu? Zum Krieg! Der Gott der Nächstenliebe, der
Friedensfürst, zum Krieg! Meine Herren, das sind Dinge, die ein-
fach in ein kindliches Gemüt nicht hineingehen.“ (VIII, S. 532)

Liebknecht fügte, wie in früheren Reden Verständnis für die
Grundforderung des Christentums zeigend, hinzu:

„Was sollen die Kinder denken, wenn sie heute die Lehren der

Religion mit Worten hören und wenn sie die Taten des christlichen Staats, der kapitalistischen Gesellschaft sehen? Was wird das Ergebnis sein? Daß sie sich sagen: Diese Worte der Religion, die uns hier gelehrt werden, sind Worte, die nicht befolgt werden, die sind etwas ganz anderes, als man tun muß. So wird die Religion irgendwo im Hintergrund der Seele eingeschlossen als etwas, woran man dann und wann denkt, was man an Feiertagen einmal herausholt; so ist sie ganz etwas anderes, als was sie nach der Forderung gerade des Christentums sein sollte, nämlich ein das ganze Leben und Handeln durchdringendes und bis ins einzelne bestimmendes Element. Meine Herren, über diese Gegensätze kommen Sie nicht hinaus, am wenigsten in einer Zeit, in der so offenkundig wie heute nicht die Religion der Nächstenliebe, sondern die Religion des Baal, die Religion des Moloch und des Vitzliputzli gilt, in einer Zeit, wo wirklich — denken Sie an die Hyänen des Wirtschaftslebens, die heute in dem christlichen Gesellschaftsleben eine große Rolle spielen —, wo wirklich der Tanz um das Goldene Kalb getanzt wird, in einer Zeit, wo schließlich doch auch die Kinder verstehen: Es geht bei diesem Kriege um kapitalistische Geschäftsinteressen.“

(VIII, S. 533)

Schließlich sei ein letztes Zeugnis Karl Liebknechts über die Deformierung des Christentums im Krieg und durch den Krieg angeführt — ein insofern sehr bezeichnendes, als es die Dialektik der angeblichen „Erneuerung des Christentums“ und seiner tatsächlichen Deformierung aufweist. Gemeint ist die Bemerkung in der Eingabe des Armierungssoldaten Karl Liebknecht an das „Königliche Gouvernementsgericht“ Berlin vom 16. August 1916:

„Alles zusammen aber — das ist ‚das deutsche Wesen‘, an dem ‚die Welt genesen‘ soll!, ist das ‚Stahlbad der Kultur‘, ist die ‚Erneuerung des Christentums‘, ist die ‚Wiedergeburt der Menschheit‘ durch den Weltkrieg, durch Volksbetrug und Knebelung, durch Ausrottung alles Gewissens, durch Irreführung, Fälschung, Bestechung, Wucher, Erpressung, Lüge, Treulosigkeit, Verrat, Hinterlist, Heuchelei, Goldgier, Völkerhaß, Vergewaltigung, durch Blut und Brand, Gift und Dynamit, Mord und Wahnsinn, Sodom und Gomorrha. In der Tat: Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung! Mit der Regierung des Imperialismus und des Dreiklassenwahlrechts, in deren Händen ein Sieg — ich wiederhole es — ein Verhängnis für das deutsche Volk, eine Heimsuchung für die Menschheit wäre.“

(IX, S. 133f.)

Im Zeichen des Gottesgnadentums

Wie sich schon aus der Beleuchtung der zentralen Aussagen Karl Liebknechts über Kirche und Christentum ergab, hatte der revolutionäre Politiker der deutschen Arbeiterbewegung den Zusammenhang der klerikalen Reaktion und eines defor-

mierten Christentums mit dem Militarismus immer in einen tieferen Zusammenhang hineingestellt, und zwar in den der Einschmelzung klerikaler Ideologie und Praxis in das gesamtgesellschaftliche Gefüge des imperialistischen Deutschlands mit seinem preußischen Kern. Wenn man im folgenden den Versuch unternehmen will, Liebknechts Stellungnahmen zu solchen Fragen wie Kirche und Schule, Kirche und Hochschulen, Kirche und Jugendorganisationen, Kirche und soziale Fürsorge zu analysieren, wird man einerseits von den bisher ausgebreiteten Materialien auszugehen haben, dann aber auch von einigen prinzipiellen Bemerkungen Karl Liebknechts über Thron und Altar, über Gottesgnadentum, über das spezifische ideologische Profil einer Kirche, die sich im Status der „Verpreußung“ (Paul Verner am 8. Februar 1971) befand.

Hier ist zunächst wiederum eine Eingabe des Armierungssoldaten Liebknecht, die vom 18. September 1916, zu zitieren. In der Auseinandersetzung mit der Frage der Kriegsziele heißt es dort:

„Das Eingreifen der Türkei warf die Frage der Dardanellen, der Schwarzmeerherrschaft und Persiens schrill und unausweichlich auf, Fragen, in denen der englisch-russische Gegensatz bisher kulminiert hatte, dessen zersetzenden Einfluß die Mittelmächte gegen die Entente auszuspielen suchten. Es schien auch den phantastischen Traum der Englandwüteriche Rohrbachscher Richtung, das britische Weltreich an der Gurgel des Suezkanals zu erwürgen, seiner Verwirklichung näher zu führen. Es produzierte das saubere Plänchen, den ‚Heiligen Krieg‘ der Muselmanen gegen die Christenheit im Krieg zur ‚Erneuerung des Christentums‘ in den Dienst des allerchristlichsten mitteleuropäischen Imperialismus zu stellen, um England in Ägypten und Indien auszuschwefeln: die paradoxeste Form eines auf den Kopf gestellten Kreuzzuges.“

(IX, S. 208)

Gab Liebknecht damit die außerordentlich aufschlußreiche Definition des imperialistischen Krieges als eines Kreuzzuges und entlarvte er mit dieser Hilfe zugleich die religiöse Demagogie des Imperialismus (er hat dies auch bei anderen Gelegenheiten getan, worauf noch zurückzukommen sein wird), so legte er in dieser Eingabe auch die Einheit der ökonomischen und ideologischen Grundlagen des imperialistischen deutschen Kaiserreiches wie aller reaktionären Regime frei:

„In diesem Sinne ist das wirklich landesverräterische: Lieber Niederlage als Revolution, in dem die Gottesgnadentümler und die Geldsackgnadentümler aller Länder übereinstimmen, das höchste und heiligste Gebot der kapitalistischen wie jeder anderen Klassengesellschaft. Und ihr aufrichtigstes Bekenntnis: Was hülfe mir, daß ich die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an meiner Klassenherrschaft! Und die Heilige Allianz, obzwar ungeschrieben,

eine immanente Wahrheit auch des imperialistischen Zeitalters trotz aller weltpolitischen Nebenbuhlerschaft, eine Wahrheit, deren jetzige Parodierung durch eifrige gegenseitige Revolutionsstifterei sicherlich zu den ephemeren Erscheinungen des Weltkrieges gehört.“
(IX, S. 217f.)

Und schließlich wird in dieser Eingabe die Summe der menschenfeindlichen Machinationen des deutschen Imperialismus – einschließlich der Bildung der „union sacrée des 4. August“ 1914, des „neuen Pfingstwunders einer Ausgießung der heiligen Einfalt“ (IX, S. 221) – gezogen:

„Die Summa lautet: Das neuromantische Gottesgnadentum der Hohenzollern, bei allen feudalen Allüren im Kern ein kapitalistisches Bürgerkönigtum mit der Losung: ‚Bereichert euch!‘, braucht mitsamt seinen Trabanten nicht nur den Krieg zum bonapartistischen Zweck. Es muß sich zum gleichen Zweck in der Pose des roi des gueux, des sozialen Königtums üben, am meisten in der Kriegszeit, um den Krieg zu vervollständigen, um die Tat der außen- und innerpolitischen Dekapitierung und der wirtschaftlichen und körperlichen Ausschlichtung der breiten Massen zu erleichtern, in der Erwartung, daß das deutsche Volk nach seiner geschichtlichen Helotenüberlieferung, nach seiner Erziehung in politischer Unmündigkeit und bürokratischem Drill die Pose für die Wahrheit nehmen und die Tat übersehen wird.“
(IX, S. 232f.)

Daß Karl Liebknecht in seiner Auseinandersetzung mit Thron und Altar, mit Gottesgnadentum immer die Verschmelzung dieses Systems mit dem des Monopolkapitals als das eigentlich entscheidende Moment der Entwicklung des deutschen Imperialismus gesehen hatte, bezeugen – neben vielen anderen – Bemerkungen vom 12. August 1911, in der Zeit der Marokko-Krise. In einem Zeitungsartikel schrieb er damals:

„Das Proletariat aber zerbläst diesen Dunst und reibt sich den Sand aus den Augen und blickt klar und scharf in die Situation und wird sich nicht in beseligendem Vertrauen auf all die Stellvertreter Gottes auf Erden, mit denen es beglückt ist, einlullen lassen; fest und entschlossen wird es nach wie vor seinen Willen, seine Macht in die Waagschale des Friedens werfen . . . Die Sorge um ihre Felle, die ihnen wegschwimmen könnten, entlockt ihnen (den Alldeutschen usw. G. W.) die tollsten Majestätsbeleidigungen und neuestens sogar den Ruf nach Einberufung des Reichstags! Ganz wie im November 1908! Ein Kampf gegen das persönliche Regiment, eröffnet von den gehässigsten Feinden jeder Demokratie, jedes demokratisch-parlamentarischen Regimes. Nur eben, weil dieses persönliche Regiment nicht ganz so will, wie sie wollen. Ein köstliche und lehrreiche Illustration zur Erkenntnis vom Wesen unserer Monarchie und Bürokratie! Der Flitterand des Gottesgnadentums wird abgestreift von den eifrigsten Priestern dieses Gottesgnadentums selbst; den Götzen, der ihnen nicht gehorcht, möchten sie zertrümmern; wie

das preußische Junkertum, so reimt auch der weltmachthungrige Kapitalismus: Und der König absolut, wenn er unsren Willen tut.“
(IV, S. 452)

Für Trennung von Kirche und Schule

Vor diesem Hintergrund müssen nun, wie schon erläutert, die Aussagen Karl Liebknechts zu Einzelfragen des Verhältnisses zwischen Arbeiterbewegung und Kirche gesehen und bewertet werden. Es liegt auf der Hand, daß dabei alles, was mit Kirche und Schule, Kirche und Jugend zu tun hat, sowohl quantitativ wie qualitativ in erster Linie in Anschlag zu bringen ist. Weiter ist von vornherein darauf hinzuweisen, daß Liebknecht – wie in der Formulierung seiner Kampfposition überhaupt – so auch auf dem Gebiete der Schulpolitik klare revolutionäre Positionen einnahm und dem Revisionismus seine Gegnerschaft bekundete. Sehr deutlich wird dies schon in der Rede, die er am 29. Dezember 1904 auf dem Parteitag der preußischen Sozialdemokratie hielt. Es sind drei Elemente, die Liebknechts Position hierbei bestimmen:

1. die Frontstellung gegen die klerikale Bevormundung der Schule, woraus er die klassische Forderung der Arbeiterbewegung nach Trennung der Schule von der Kirche ableitet, „und zwar mit scharfen Worten“ (I, S. 110),

2. die Absage an die Position revisionistischer Kräfte, die an die Stelle des Religionsunterrichts eine Art „Moralunterricht“ setzen wollten, um dem „religiösen Bedürfnis“, das „tief in der Kinderseele begründet“ sei, entgegenzukommen (I, S. 109),

3. die Aufdeckung der Tertia comparationis in der Haltung von Liberalismus, Protestantismus und Katholizismus in der Schulfrage. Liebknecht weist nämlich darauf hin, daß der sogenannte Liberalismus des früheren preußischen Kultusministers Falk „nichts weiter ist als ein organischer Teil der deutschen Kulturkampf-Gesetzgebung“.

„Wenn heute der Schulkompromiß zustande gekommen ist, so liegt das daran, daß jetzt das Zentrum in Deutschland Trumpf ist. Es hat in gewissem Sinne eine Aussöhnung zwischen Katholizismus und Protestantismus stattgefunden; die früheren Gegensätze sind verschwunden hinter dem allgemeinen Gegensatz der Geschorenen und Gescheitelten gegenüber dem Proletariat. Beide halten die Zeit für gekommen, um die Beute unter sich zu teilen; sie wollen das alte Wort von dem Zähmen der Bestie erfüllen und die Volksschule noch mehr als bisher zu einem Verdummungsinstitut machen.“

(I, S. 108)

Diese Bemerkung ist übrigens über den damaligen Anlaß hinaus von entscheidender Bedeutung, weil sie auf jene Einheitsfront der klerikalen Reaktion hinweist, die es in den zentralen Fragen der politischen und geistigen Auseinandersetzung – trotz konfessioneller Gegensätze oder religiöser Unterschiede – unter den Bedingungen des Imperialismus immer gibt. Man vergleiche hierzu noch einmal das, was Liebknecht in seiner Eingabe von 1916 festgehalten hatte, und als Liebknecht am 23. März 1911 „die Fronde der ostelbischen Junker gegen das Reich“ aufdeckte, entlarvte er auch die klerikale Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie. Was Liebknecht damals sagte, war gleichsam eine frühe Entlarvung dessen, was später Antikommunismus genannt wurde:

„Nun, meine Herren, das ist ja das merkwürdige: Hier die evangelische Partei katexochen, hier die katholische Partei katexochen, und trotz alledem geht man zusammen. Und da kommt die Borromäus-Enzyklika, und da kommt der Antimodernisteneid, und die Herren von der Rechten veranstalten Scheingefechte und lassen die Herren vom Zentrum ungeschoren laufen. Es waren ja alles nur Theaterhiebe, die Sie (zur Rechten) ausgeteilt haben, Schläge mit der Narrenpritsche bei der Debatte über die Borromäus-Enzyklika, genauso wie bei der Debatte über den Antimodernisteneid. Meine Herren, Sie von der Rechten sehen vielleicht doch nicht ganz ein, wie das im einzelnen zusammenhängt. Die Herren vom Zentrum sind ja – ich will keine Beleidigung aussprechen, ich will nicht sagen, was ich sagen wollte, ich will mich ausdrücken –: sind ja mit allen Wassern gewaschen, da sie schon in allen Parteilagern gestanden haben, hinter alle Öfen der Politik schon geguckt haben. Die Herren vom Zentrum wissen ja vielleicht noch besser als Sie von der Rechten, wie die Sache eigentlich zusammenhängt; ihnen kommt es vor allen Dingen auf die Kirchenpolitik an, alle andere Politik tritt demgegenüber zurück; und so haben sie alle sozialpolitischen Pflichten ... einfach preisgegeben (Lebhafter Widerspruch im Zentrum.) gegen kirchenpolitische Zugeständnisse; darüber sind wir uns vollkommen klar; das ist schwarz auf weiß niedergelegt, und wenn sie auch mit allen Wassern gewaschen sind, das Wasser gibt es nicht, das das von ihnen abwaschen könnte, was ich eben gesagt habe. Meine Herren, so haben Sie sich für Ihre agrarischen Interessen das Zentrum durch kirchenpolitische Zugeständnisse eingekauft, und nun fordern Sie Arm in Arm mit ihm das Jahrhundert in die Schranken. (Große Heiterkeit.) Das Jahrhundert, das Sie in die Schranken fordern, ist freilich nicht das heutige, es ist das vergangene Jahrhundert; das heutige Jahrhundert wird mit Ihnen wohl fertig werden.“ (IV, S. 304f.)

Und zehn Tage zuvor, am 13. März 1911, hatte Liebknecht analog hierzu ausgeführt:

„Meine Herren, Sie haben bereits so viel auf diesem Gebiete erreicht; die Konfessionalisierung hat die Voraussetzung geschaffen

für diese Klerikalisierung der Schulen, die auf dem Boden Ihrer Konfession stehen, und nun denken Sie: jetzt wird zugegriffen, es wird nicht mehr lange dauern, und wir werden die Beute vollständig in den Händen haben. Selbstverständlich denken wir nicht im geringsten daran, uns nun ausschließlich gegen Ihre Art der Klerikalisierung zu wenden; die Klerikalisierung, die protestantischerseits angestrebt wird, ist nach unserer Ansicht genau ebenso gefährlich, jedenfalls nicht wesentlich ungefährlicher. („Sehr wahr!“ bei den Sozialdemokraten.) Für uns sind beide Formen der Schulaufsicht, die katholisch-klerikale und die protestantisch-klerikale, annähernd gleich gefährlich.“ (IV, S. 198)

Mit diesem heute zweifellos außerordentlich aktuellen Exkurs sind wir wieder bei der Schulpolitik: Was Liebknecht auf dem Parteitag 1904 in einer Diskussionsrede zur Geltung gebracht hatte, das wurde auf dem preußischen Parteitag 1910 zum Gegenstand des Hauptreferenten Karl Liebknecht, Thema: „Zur Verwaltungsreform in Preußen“. Die Thesen, die dem Hauptreferat zugrunde lagen, begannen mit: „A. Trennung der Kirche vom Staat“ (II, S. 342). Diese Forderung war so selbstverständlich, daß sie nicht detailliert entfaltet werden mußte. Im Abschnitt C heißt es im Unterabschnitt „Schulwesen“:

„Insbesondere ist die Schule von der Kirche zu trennen, die geistliche Schulaufsicht zu beseitigen und der Religionsunterricht aus dem Lehrplan auszuschalten. Religionsgeschichte unter Berücksichtigung der verschiedenen religiösen Anschauungen ist als Teil der Kulturgeschichte zu lehren.“ (II, S. 351)

Im Referat begründete Liebknecht diese Forderung so:

„Die Täuschungs- und Verdummungsmittel sind vor allem in Kirche und Schule organisiert. Der Militarismus spielt eine vielseitige Rolle; er ist eine Art Schule und eine Art Kirche, gleichzeitig brutales Macht- und Verdummungsmittel, das vielseitigste Machtmittel der herrschenden Klassen.“ (II, S. 361f.)

Von diesen grundsätzlichen Positionen aus ergaben sich, zumal in Parlamentsreden, Einzelforderungen Karl Liebknechts etwa nach „weltlicher Schulaufsicht“ (IV, S. 195), nach Koedukation, die vom Zentrum bekämpft wurde (IV, S. 431ff.), nach Einstellung der Versuche zur vollständigen Klerikalisierung der Volksschule (IV, S. 197), nach Abschaffung von Propaganda gegen die Sozialdemokratie in konfessionellen Schulen (V, S. 141), nach Unterbindung der Versuche, über die Festlegung des Allgemeinen Landrechts hinaus den Religionsunterricht nach dem 14. Lebensjahr fortzusetzen. In der zuletzt genannten Frage erklärte Karl Liebknecht am 28. Februar 1912 im preußischen Abgeordnetenhaus einerseits, die Verfasser des Allgemeinen Landrechts seien doch Leute gewesen,

„... die auch etwas von Religion gehalten haben, allerdings vielleicht in einem besseren Sinne als diejenigen, die heute das Wort Religion unnütz im Munde führen...“
(V, S. 103)

Und andererseits formulierte er:

„Mißbrauch der Religion für Ihre politischen und wirtschaftlichen Klasseninteressen, das ist die Signatur der ganzen Verhandlungen über den Fortbildungsschulunterricht im vergangenen Jahre.“
(V, S. 105)

Und wie in seiner großen Rede von 1911 sagte Liebknecht zusammenfassend:

„Meine Herren, ich wende mich dagegen, daß Sie einen solchen Gottesbegriff, wie Sie ihn hier auf den Markt tragen und in die Politik hineinbringen, zur Diskreditierung der ernstesten, wirklichen Religiosität benutzen.“
(V, S. 118)

Verweisen wir in diesem Zusammenhang noch einmal auf die schon erwähnte Rede über „Krieg und Schule“ von 1916 und zitieren wir zusätzlich eine Feststellung aus ihr, dann haben wir im wesentlichen den Kreis der Betrachtungen abgeschritten, die Karl Liebknecht der Problematik „Kirche und Schule“ gewidmet hat, und können von dieser Aussage aus sogleich zu den Problemen der Jugendpolitik übergehen:

„Meine Herren, wenn ein bürgerlicher Abgeordneter in der Kommission die Sorge äußerte, daß die einseitige militärische Ausbildung zur Verrohung der Jugend führe, so werden Sie doch durch diese Sorge nicht abgeschreckt, weil eben Ihr wirklich Allerheiligstes dabei auf dem Spiele steht, eben der Militarismus, und der läßt sich nun einmal, sowenig sich Religion mit Krieg und Militarismus verträgt, ebensowenig von der Verrohung trennen.“

(VIII, S. 536)

„Beten und schießen“

Bekanntlich hat Karl Liebknecht der Jugendpolitik eine außerordentliche Aufmerksamkeit gewidmet. Bei der Analyse der Wirksamkeit der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie unter der Jugend stieß er auf die Tatsache, wie stark hierbei die politische Reaktion durch die klerikale unterstützt wurde. So sagte Liebknecht vor dem Parteitag der SPD 1909 in Leipzig:

„Ich empfehle Ihnen allen den recht eifrigen Besuch der Jugendschriftenausstellung in diesem Hause. Sie finden dort eine sehr gute Zusammenstellung gerade des Materials, das sich auf die gegnerischen Jugendorganisationen bezieht, und Sie werden sehen, wie außerordentlich, und zwar seit Jahren, besonders aber in der letzten

Zeit, die gegnerische Jugendbewegung uns überlegen ist. Wir brauchen nur zu erinnern an die große Zahl von Organisationen, deren Mitglieder sich auf Hunderttausende erstrecken, der evangelischen wie katholischen Vereine. Die gegnerische Jugendpresse ist der unseren bei weitem überlegen. Es existieren Dutzende von Jugendzeitschriften, die von den evangelischen und katholischen Organisationen herausgegeben werden. Allein die ‚Wacht‘ hat gegenwärtig über 50 000 Abonnenten, und andere Blätter sind noch weit mehr verbreitet. Sie haben zusammen Hunderttausende Leser, während wir alles in allem mit nur rund 30 000 aufwarten können. Auch in der Frage der Jugendheime sind die Gegner uns weit voraus. Sie sind im Besitz von außerordentlich starken Geldmitteln. Natürlich wissen die Geldgeber sehr wohl, weshalb sie das Geld hergeben.“

(II, S. 329 f.)

Und am 15. Februar 1911 wies Liebknecht in einer Rede vor dem preußischen Abgeordnetenhaus zum Etat des Innenministeriums nach:

„Ja, meine Herren, ... fragen Sie, wieviel katholische Jugendorganisationen unter der Leitung zielbewußter Zentrumsleute stehen (‚Sehr wahr!‘ bei den Sozialdemokraten.), wieviel andere Jugendorganisationen evangelischer Art unter der Führung zielbewußter Nationalliberaler, Konservativer, Freikonservativer stehen! Fragen Sie, wieviel von den neuen staatlich protegierten nicht-konfessionellen Jugendorganisationen unter der Führung von politischen Beamten, die ausgeprägte Anhänger einer der Parteien der Rechten dieses Hauses sind, stehen! Und dann ... Der Zweck ist, die schulentlassene Jugend in die Anschauungen dieser Parteien, des Zentrums usw., einzuführen, um sie später für die politische Partei des Zentrums oder für die politische Partei der Konservativen zu gewinnen.“

(IV, S. 106 f.)

Zuvor hatte Liebknecht den Kern dieser politisch-ideologischen Indoktrination freigelegt, indem er darauf verwies, daß Anfang 1910 die Berliner freie Jugendorganisation „für politisch“ erklärt und aufgelöst worden war:

„Meine Herren, diese Verordnungen, die das künftige Verhalten des Berliner Polizeipräsidenten zu bestimmen haben, sind das Ergebnis einer Konferenz, die einen Erlaß vom 18. Januar 1911 gezeitigt hat, in dem es unter anderem heißt, daß Aufgabe der Jugendpflege, die vom Staate nunmehr zu inszenieren sei, sein müsse die Mitarbeit an der Heranbildung einer frohen, körperlich leistungsfähigen, sittlich-tüchtigen, von Gemeinsinn und Gottesfurcht, Heimat- und Vaterlandsliebe erfüllten Jugend und daß zu dieser Aufgabe alle heranzuziehen seien, die ein Herz für die Jugend haben und deren Erziehung im vaterländischen Geiste zu fördern bereit und in der Lage sind.“

(IV, S. 103)

Diese und andere Aussagen Karl Liebknechts zur Jugendpolitik, und zwar im Kontext unseres Themas, werden zusammen-

gefaßt in der großen Rede, die Karl Liebknecht am 26. März 1911 im preußischen Abgeordnetenhaus hielt und die in seinen „Schriften“ unter dem Titel „Beten und Schießen“ wiedergegeben ist. Den sechzig (!) Seiten dieser bedeutsamen Rede können hier leider nur einige wenige Bemerkungen gewidmet werden (und was man bei jeder sich bietenden Gelegenheit ausrufen möchte – gerade hier müßte man es wieder tun: Lest die Texte im Original!). In dieser Rede geißelte Liebknecht die „Jugendpflege“ in Preußen:

„Im übrigen ist es ja außerordentlich lustig zu sehen, wie unter dem Einfluß der staatlichen Subvention, gefördert durch den Goldregen, der von oben herunterströmt, Geistlichkeit und Militär und alles mögliche sich zusammengefunden hat. Sehr lustig ist es, wie da zu großen Kriegsspielen ausgezogen wird und der Pastor dazu seinen Segen erteilt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der christliche Pastor erteilt seinen Segen, und dann geht man einmal in das kleine Kirchlein hinein und betet. Dann geht es wieder durch Wald und Feld, und hierauf wird wiederum Kriegsspiel getrieben – ‚frisch, fromm fröhlich, frei‘, christlich, nach dem Gebot der Nächstenliebe. Ach Gott, um alles in der Welt! Die Geschichte ist ja so lächerlich, daß im Ernst über diese Dinge wahrhaftig nicht geredet werden kann. Es wird auch den Kindern möglichst eifrig das Schießen beigebracht, das Schießen außer dem Beten . . . Im übrigen, das Beten und das Schießen, es paßt ausgezeichnet zusammen . . . In dem Sinne, in dem hier die Religion praktiziert zu werden pflegt, ist es genau dasselbe; denn die ganze Art, wie von Ihnen die ‚Religion‘ gehandhabt wird, ist im Grunde doch nichts weiter als eine Vergewaltigung, genauso wie der Krieg und andere menschliche Gewalttätigkeiten.“
(V, S. 176)

Nachdem der Führer der Arbeiterbewegung in seiner parlamentarischen Kampfreden weiteres Material beigebracht hatte (übrigens auch aus den schon früher von ihm erwähnten Zeitschriften „Wacht“ und „Leuchtturm“, ferner aus einer Broschüre eines Frankfurter Pfarrers Martin J ä g e r), legte er dar, wie das Bürgertum, etwa in Kommersbüchern, die Religion verhöhne, und er faßte zusammen:

„Meine Herren, es ist in der Tat richtig; Sie kennen nur ein Gebet, und dieses Gebet heißt: Herr, erlöse uns von der Sozialdemokratie! (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Und alle die anderen Gebete, die Sie sonst noch gelegentlich beten, lassen sich zurückführen auf dieses eine Grundgebet, das Ihre Seelen völlig erfüllt.“
(V, S. 223)

Abschließend hierzu sei übrigens bemerkt, daß Liebknecht in der Auseinandersetzung in Fragen der Jugendpolitik mehrfach eine der finstersten Gestalten des deutschen Protestantismus ins Schußfeld bekam: den Herrn M u m m (1873–1932), der schon

früh in der Jugend- und Sozialpolitik seine Finger hatte und in der Weimarer Republik deutschnationaler Reichstagsabgeordneter war (II, S. 252, und VI, S. 339 ff.). In seiner Rede im preußischen Abgeordnetenhaus am 24. Juni 1913 fertigte Liebknecht diesen Mumm klassisch so ab:

„Der Herr Abgeordnete Mumm hat von Hoffmann von Fallersleben und dem Lied ‚Deutschland, Deutschland über alles‘ gesprochen . . . Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Mumm ein anderes Gedicht desselben Hoffmann von Fallersleben vortragen, aus dem Sie den Geist erkennen können, der diesen deutschen Freiheitsheros beseelt hat und der damals auch gerade von der besten Blüte des deutschen Volkes gehegt wurde. O Gott, wofür, wofür? / Für Fürstenwillkür, Ruhm und Macht / Zur Schlacht? / Für Hofgeschmeiß und Junker hinaus / zum Strauß? / Für unseres Volkes Unmündigkeit / Zum Streit? / Für Most-, Schlacht-, Mahl- und Klassensteuer / Ins Feuer? / Und für Regal und für Zensur / Nur / Ganz untertänig zum Gefechte? / Ich dünke, ich dünke . . . (Zurufe rechts.) Das hat auch Hoffmann von Fallersleben gedichtet, und das ist der Geist, der Ihnen als der Geist des Gottseibeius erscheinen muß, Ihnen in Ihrem Pseudopatriotismus!“
(VI, S. 343 f.)

Schule, Jugendpolitik – zu diesen Themen tritt bei Karl Liebknecht immer wieder die Hochschulpolitik, und hier sind es oft genug Erscheinungen in den theologischen Fakultäten, die ihn zur Stellungnahme veranlassen. Wir hatten ja auch hierzu schon in der Rede vom 9. März 1911 gesehen, welchen Einstieg Karl Liebknecht in die Behandlung dieser Probleme nahm.

Über Jatho und Jülicher . . .

Im Prinzip ging es für Karl Liebknecht auch in der Hochschulpolitik um die Trennung von Staat und Kirche, allerdings mit gewissen Nuancierungen, die für uns heute sehr interessant sind. So kritisierte er zunächst, daß das herrschende Regime „besondere Professuren anstrebt, die nach dem Herzen der Kirche sind“ (III, S. 213) und daß der „Zweck“ der Universität dahingehend degradiert werde, „Beamte, kirchliche und staatliche, heranzubilden,“ (III, S. 222 f.). Dann prangerte er Behauptungen klerikaler Politiker wie des schon genannten Dr. Porsch an, „daß selbstverständlich in jeder religiösen Glaubensbindung ein Verzicht“ vorliege, nämlich der auf exakte wissenschaftliche Forschung, und er fügte hinzu:

„Einen solchen ‚Verzicht‘ wollen nun die größten Parteien des Hauses klipp und klar nach aller Möglichkeit dem ganzen Volke aufliegen, indem sie die religiöse Bindung allenthalben bei der Bevölkerung durchzusetzen suchen und auch den wesentlichen Staatsinstitutionen und ihren Funktionären zugrunde zu legen suchen.“

Herr Dr. Porsch hat weiter gesagt: Das höchste Prinzip ist nicht die freie Forschung, sondern die Wahrheit. Wenn man das hört, könnte es leidlich scheinen. Ja, was heißt da aber die ‚Wahrheit‘? Ein religiöses Dogma!“
(IV, S. 240)

Solche Bemerkungen können sozusagen als Vorbereitung der Formulierungen angesehen werden, mit denen Karl Liebknecht in seiner Rede im preußischen Abgeordnetenhaus vom 16. März 1911, also eine Woche nach der vom 9. März, die preußische Universitätspolitik als Kapitel preußischer Unkultur bezeichnete. Hier präzisiert er seine Stellung zu den theologischen Fakultäten dahingehend, daß er zwar — wiederum gegen Porsch und seine Feststellung, die Theologie gehöre „in erster Linie“ in die Universitas litterarum — einerseits sagte:

„Meine Herren, die Theologie gehört, wenn überhaupt etwas nicht in die Universität gehört, nicht in die Universität hinein.“

(IV, S. 260 f.)

Hierbei machte er andererseits die Einschränkung:

„Theologie, soweit sie eine dogmatische Theologie ist . . .“

(IV, S. 260)

Und er fügte hinzu:

„Aber, meine Herren, wir sind selbstverständlich nicht so engherzig, sie herausweisen zu wollen.“

(IV, S. 261)

In anderen Worten: Liebknecht wandte sich gegen die Priorität der Theologie im Gefüge der Universität, und er stellte vom marxistischen Standpunkt aus die dogmatische Theologie als wissenschaftliche Disziplin in Frage, machte übrigens auch kritische Anmerkungen zur liberalen Theologie (sie bezeichnete er als eine „Halbheit“, ohne sich freilich im preußischen Abgeordnetenhaus näher damit zu befassen, weil er damit mögliche Bündnispartner vor den Kopf stoßen konnte — IV, S. 262). Aber er respektierte pragmatisch die Existenz der theologischen Fakultäten als einer klassischen Universitätsdisziplin. Ja, mehr noch: Karl Liebknecht stellte sich in der praktischen Auseinandersetzung um theologische Fakultäten auf die Seite derjenigen, die er wissenschaftlich zwar mit dem Prädikat der Halbheit versehen hatte, deren Kampf um geistigen Fortschritt er aber würdigte.

Am 4. April 1913 reflektierte Karl Liebknecht, wiederum im preußischen Abgeordnetenhaus, die Folgen des Jatho-Streits auf die Lage an den theologischen Fakultäten, wie sie sich in der Schrift des damaligen Marburger Theologieprofessors Dr. Adolf Jülicher (1857–1938) darboten, den Erich Fascher als „einen bedeutenden Vertreter historisch-kritischer Wissen-

schaft, einen aufrechten Demokraten und charaktervollen Verfechter der akademischen Selbstverwaltung“ bezeichnet hat. Von Jülicher erschien 1913 die Schrift „Die Entmündigung einer preußischen theologischen Fakultät in zeitgeschichtlichem Zusammenhang“, die größtes Aufsehen erregte und auf die Liebknecht in seiner Rede ausführlich einging. Charakteristisch ist bereits, wie Liebknecht dies tat. Er bemerkte, der freikonservative Abgeordnete (und spätere DNVP- und Wirtschaftspartei-Politiker) Dr. Bredt habe

„. . . schon einen Triumphgesang angestimmt, daß sich bisher niemand auf die Seite des Herrn Professor Jülicher in Marburg gestellt habe. Hierbei wird der Herr Abgeordnete Dr. Bredt wohl schon von vornherein die Mentalreservation gemacht haben, daß der Sozialdemokrat voraussichtlich eine Ausnahme bilden werde“.

Und Liebknecht fügte unmittelbar hinzu:

„Ich muß sagen, diese Schrift des Herrn Professor Jülicher ist so tapfer, daß man ihm nur zurufen kann: Bravo!“

(VI, S. 176)

Jülicher führte — und Liebknecht zitiert dies — die schwierige Lage der theologischen Fakultäten in Preußen auf drei Gründe zurück: auf die Politik der Konservativen Partei, auf die falsche Orientierung des Kirchenregiments und auf die Rolle der „Positiven“. Im Zusammenhang mit der Politik der Konservativen Partei hatte Jülicher vom „Erbfehler“ dieser Partei gesprochen, der sich auch in der Universitätspolitik auswirke. Liebknecht bemerkte hierzu — und es sei dies zugleich auch als ein Exempel dafür zitiert, wie feinfühlig Liebknecht falsche Auffassungen potentieller Verbündeter zu korrigieren suchte —:

„Nun, meine Herren, der Erbfehler der Konservativen Partei wird ja wohl, da er eben ein Erbfehler ist, eine Erbsünde der Konservativen Partei, solange sie lebt, nicht ausgetrieben werden können. Wie der Mensch seiner Erbsünde nach kirchlicher Lehre erst nach dem Tode ledig werden kann . . ., so wird die Konservative Partei ja wohl auch diese Erbsünde erst nach ihrem Tode los werden. — Ich will mich lieber negativ ausdrücken: jedenfalls nicht vor dem Tode. Vor dem Tode kann man ja nicht selig und nicht heilig werden. — Der Erbfehler der Konservativen Partei ist nach Auffassung des Herrn Professor Jülicher, daß sie sich so einseitig in die Hände einer bestimmten wirtschaftspolitischen und kirchenpolitischen Richtung gegeben hat. Hier muß ich dem Herrn Professor Jülicher sagen, daß er ein klein wenig naiv ist, denn das macht gerade das Wesen der Konservativen Partei aus, wie sie heute bei uns in Preußen ist — in ganz Deutschland, kann man fast sagen —, daß sie diese kirchliche und diese wirtschaftspolitische Richtung vertritt.“

(VI, S. 177)

Nachdem Liebknecht noch einmal analoge Gesichtspunkte wie zum Fall Jatho entwickelt hatte — Antimodernisteneid im

Grunde relativ „harmloser“ als die „bürokratische Kleinlichkeit gegen jede modernistische Regung in der evangelischen Kirche“ (VI, S. 179) —, faßte er (Jülischer zitierend) die Essenz dessen zusammen, worum es in dem Streit um die theologischen Fakultäten recht eigentlich ging:

„Der Herr Professor Jülischer verweist darauf, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist, mit Gewaltmitteln die kirchlichen Richtungen zu beeinflussen. Er sagt: Die herrschenden Gewalten haben zwar die Macht, aber die Macht ist nicht gleich Kraft, und er meint, daß das Protektionssystem zugunsten der kirchlichen Reaktion schließlich doch scheitern müsse. Er verweist — und das ist besonders interessant — darauf: ‚Wenn nicht auf politischem Gebiet die gemeinsamen, aber fast entehrende Angst vor der Sozialdemokratie die verschiedensten Elemente in der Abneigung gegen jede Betätigung von Freiheit verbände, wenn sie sie nicht so blind machte, daß etwas bloß als Vorfrucht der Sozialdemokratie angeschrien zu werden braucht, um als anrühlich und destruktiv zu gelten, so wäre schon längst auch in Preußen die Herrschaft in kirchlichen Dingen wenigstens an die Mittelpartei übergegangen.‘“ (VI, S. 180)

Übrigens kam Liebknecht am nächsten Tag der parlamentarischen Auseinandersetzungen noch einmal auf den Fall Jülischer zurück, wiederum in Polemik mit einem konservativen Abgeordneten:

„Die Universitäten als Dienstmädchen, als Helfershelfer der Staatsgewalt, der Kirche, das ist das Ideal, das hier von dem Abgeordneten Schenk zu Schweinsberg unter dem Beifall des Hauses vertreten worden ist. Es ist ganz richtig, wenn er seinen Gegensatz zu Professor Jülischer schließlich dahin prononciert hat, daß es sich um den Gegensatz verschiedener Weltanschauungen handelt. Das ist das einzig richtige, was er gesagt hat, und das habe ich ja bereits als meine Auffassung zum Ausdruck gebracht.“ (VI, S. 191f.)

... und über Bodelschwingh

Wenn gerade die Äußerungen Karl Liebknechts zur Problematik der theologischen Fakultäten in ihrer Dialektik der scharfen gesellschaftswissenschaftlichen Abgrenzung von ihnen und der pragmatischen Würdigung ihrer Tätigkeit, zumal der vernünftiger Theologen, paradigmatisch sind für die Gesamthaltung dieses Führers der deutschen Arbeiterbewegung in den hier in Rede stehenden Fragen, dann gilt dies übrigens auch für ein Gebiet, wo man eine solche Position nicht von vornherein vermutet. Gemeint ist die „Fürsorge“.

Denn schließlich kann nicht übersehen werden, daß Liebknecht mehrfach scharfe Worte gegen die Waisenfürsorge, gegen die Gefangenenseelsorge, gegen die Seelsorge an sozial be-

sonders deprivierten Schichten wie den Schiffen gefunden (vgl. IV, S. 116, S. 179 und S. 207f.) und in den schon erwähnten „Thesen“ zur Verwaltungsreform in Preußen in der Fürsorgeerziehung die Ausschaltung kirchlicher Anstalten gefordert hatte (II, S. 351 und S. 395).

Andererseits wußte Liebknecht durchaus die Tätigkeit jener Geistlichen zu schätzen, denen abzuspüren war, wie ernst es ihnen um den Menschen war. Hierzu gibt es aus einer Rede Liebknechts im preußischen Abgeordnetenhaus vom 24. Mai 1910 eine Äußerung, die in ihrer Bedeutung nicht hoch genug gewürdigt werden kann. Es ging hierbei um Liebknechts Forderung nach Abschaffung des Vagabundenparagraphen, und er führte aus:

„Meine Herren, es ist ja selbstverständlich, daß gerade auch von dem Standpunkt aus, den Sie immer zu vertreten vorgeben, vom Standpunkte eines christlichen Staates aus, ein solches Gesetz in der schärfsten Weise zu verwerfen ist . . . Das ist ein Gesetz, demgegenüber sich, wie ich überzeugt bin, auch ein Mitglied Ihrer Partei (nach rechts), das ja nun leider verstorben ist, der von weiten Kreisen persönlich sehr verehrte Pastor von Bodelschwingh, sicherlich auch grundsätzlich hier auf meinen Standpunkt stellen würde. Es ist gerade das Verdienst dieses Herrn innerhalb Ihrer gesellschaftlichen Grundanschauung gewesen, daß er immer und immer wieder darauf hingewiesen hat, daß man auch in dem Vagabunden, in dem Landstreicher, dem Stromer doch schließlich den Menschen zu achten habe, der ebenogut ein Mensch ist, wie man selbst einer ist. Über die Art der Mittel, die er vorgeschlagen hat, und der Ausführung seiner Grundanschauung sind wir natürlich himmelweit anderer Ansicht gewesen als Pastor von Bodelschwingh; aber das war das Sympathische im Wesen dieses Mannes, daß er hier auf diese Wunde, auf diese Schuld der Gesellschaft immer wieder hingewiesen hat.“ (III, S. 327)

Es zeigt sich also, daß die Politik der SED, wie sie am 8. Februar 1971 von Paul Verner zusammengefaßt worden ist, nicht nur in der großen Linie, wie wir schon sahen, sondern gerade auch im Detail, etwa im Blick auf die beiden zuletzt genannten Materien — Hochschulpolitik und Diakonie —, ihre Traditionslinien bei Karl Liebknecht hat.

Zur Frage des Kirchenaustritts

Diese Feststellungen sind nun auch auf das Problem zu beziehen, das natürlich in besonderer Weise, in der Linie der Entfaltung der Weltanschauung der Arbeiterklasse, gerade einen Führer der deutschen Arbeiterbewegung wie Liebknecht bewegt hat: die Frage nach der Entscheidung über den Austritt aus der

Kirche. Wir wissen aus Äußerungen von ihm, daß er sich immer für den Austritt aus der Kirche eingesetzt hat. In einem Brief an seinen Bruder Wilhelm im Oktober 1915 hat er etwa von der Front aus mitgeteilt, man habe ihm vorgeworfen, daß er „Propaganda für den Kirchenaustritt unter den Kameraden im Revier“ getrieben habe (VIII, S. 358).

Grundsätzlich hat er sich hierzu in einer Rede am 28. Oktober 1913 in der „Neuen Welt“ in Berlin geäußert, und zwar auf einer Kundgebung des „Komitees Konfessionslos“. Liebknecht sprach nach dem berühmten bürgerlichen Gelehrten Professor Wilhelm Ostwald und akzentuierte hierbei die Position gegen die preußische Staatskirche, die auch für „jeden, der ein ehrliches Religionsbedürfnis habe“ (VI, S. 397), nicht mehr die Heimat sein könne, da sie im Grunde „nichts gemein habe mit der Befriedigung seines ehrlichen religiösen Bedürfnisses“. Und er fügte hinzu:

„Austreten müßte ferner, wer innerlich mit der Kirche gebrochen habe, denn sonst sei er ein Heuchler.“ (VI, S. 397 f.)

Diese Position nahm Liebknecht auch in einem damals offensichtlich nicht veröffentlichten und im Wilhelm-Ostwald-Archiv aufgefundenen Artikel ein, der wohl vor allem geschrieben wurde, um die Haltung der Arbeiterbewegung gegenüber der bürgerlichen Freidenker-Bewegung abzugrenzen und damit – im Gegensatz zu jener – die Einheit des Weltanschaulichen und Politischen zu betonen (VI, S. 399 ff.).

Sind damit die wesentlichen Gesichtspunkte erörtert, die sich bei Karl Liebknecht in der Behandlung von Grundfragen der Beziehungen der Arbeiterbewegung zu Kirche und Christentum ergeben haben, so muß jetzt noch ein kurzes Wort zu Fragen der christlichen Parteien und Gewerkschaften angeführt werden. Dabei ist allerdings im Rahmen dieser Arbeit nicht die bisherige Extensität zu gewährleisten. Es ist hier nur möglich, einige zentrale Probleme der Beurteilung des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften durch Karl Liebknecht zu nennen.

Das wahre Gesicht des Zentrums

Karl Liebknecht hat die Politik der Zentrumspartei immer, auch wenn er sie im taktischen parlamentarischen Kampf anging, unter größeren strategischen Zusammenhängen beurteilt und bewertet. Noch im Zuchthaus 1917/18 hat er alle hiermit zusammenhängenden Aspekte verallgemeinernd zusammengefaßt, als er sich über das Wesen der bürgerlichen Parteien äußerte und diese zu verschiedenen Kategorien des Kapitals und

verschiedenen Kategorien der staatlichen und kirchlichen Bürokratie sowie unterschiedlichen ideologischen Nuancierungen in Beziehung, an die Spitze aber die Feststellung setzte:

„Allen bürgerl. Parteien ist der Gegensatz gegen das Proletariat gemeinsam, wenn auch mit verschiedenen Nuancen – z. B. nach der besonderen Kategorie des Proletariats, mit dem die für ihre Politik maßgebenden Schichten am intensivsten in unmittelbarem sozialem Kampf stehen (z. B. Land- und Stadtproletarier) usw.“

(IX, S. 377)

Als Liebknecht dies schrieb, hätte er sich an das erinnern können, was er etwa in einer Zuschrift an den „Vorwärts“ am 9. Mai 1913 festgehalten hatte: Dort nämlich wurde Th y s s e n als „Kapitalheiliger“ des Zentrums charakterisiert (VI, S. 301). Und ein paar Wochen später, am 20. Juni 1913, sagte Liebknecht im Reichstag, E r z b e r g e r, mit dem er sich, vornehmlich seit 1913/14, immer wieder auseinandergesetzt hatte, habe wieder einmal „die Weltauffassung des Militarismus, der sich als Achse des ganzen Staatswesens fühlt und als sein Hauptpfeiler,“ (VI, S. 322) zum Ausdruck gebracht.

In der schon zitierten Rede gegen die Fronde der ostelbischen Junker vom 23. März 1911 ist das, was Liebknecht im Zuchthaus theoretisch anmerkte, in der Sprache des Agitators klar zur Geltung gebracht:

„Es ist charakteristisch, daß die Herren vom Zentrum sich hier . . . als die Vermittler zwischen den agrar-kapitalistischen und den industriell-kapitalistischen Parteien angeboten haben auf der Basis eines Kampfes gegen die Sozialdemokratie . . . Nicht anders konnte das damalige Vorgehen des Zentrums verstanden werden.“

(IV, S. 302)

Es ist, gerade unter bündnispolitischen Gesichtspunkten, in diesem Zusammenhang sehr aufschlußreich, daß Liebknecht im März 1911 dem Zentrum nachwies, daß es „Mittelstandsfreundlichkeit“ vortäusche, in Wahrheit aber für echte Interessen des Mittelstandes, etwa für die der kleinen Schiffer, nicht eintrete (IV, S. 158). Wenige Wochen später, am 18. Juni 1911, sprach übrigens Liebknecht in einem Potsdamer Lokal über das Thema: „Was haben der Mittelstand und die Arbeiterschaft von den herrschenden Parteien zu erwarten?“ (IV, S. 519). Beide Hinweise zeigen, hier nur am Rande, welche Aufmerksamkeit Liebknecht dieser Problematik im Detail schenkte.

Unterstreicht man die Bedeutung solcher Feststellungen Karl Liebknechts, dann wird man zugleich im Blickfeld haben müssen, daß er oft genug den Versuch unternommen hat, die vernünftigen Kräfte im Zentrum an eigene gute Traditionen und

daran zu erinnern, was die Grundforderungen des Christentums rechtlich eigentlich von ihm verlangten.

So erinnerte er am 21. Januar 1910 im preußischen Abgeordnetenhaus daran, wie die Sozialdemokratie dem Zentrum zur Hilfe gekommen sei, als dieses „in den fiskalischen Gruben-gebieten, insbesondere in der Saarbrücker Gegend, von der Regierung in der unerhörtesten Weise politisch unterdrückt worden“ sei (II, S. 445).

In der Auseinandersetzung gegen das Dreiklassenwahlrecht mahnte Liebknecht das Zentrum immer von neuem, es solle sich an seine eigenen Forderungen halten und nicht gegen sie verstoßen, und er machte klar, daß es Zeiten gegeben habe, als das Zentrum für gerechte Forderungen „— zu den Zeiten des Kulturkampfes — auf die Straßen gezogen ist“ (III, S. 158f.).

Und am 15. Februar 1911 ging Karl Liebknecht im preußischen Abgeordnetenhaus noch einen Schritt weiter und ermahnte den in der Weimarer Republik zu trauriger Berühmtheit gelangten Zentrumsolitiker Gronowski, daran zu denken, daß das Zentrum „einstens demokratisch und oppositionell“ gewesen sei. Aber was mache dieses „volksfreundliche“ Zentrum“ heute? Es gehe „immer Arm in Arm mit den stärksten Parteien dieses Hauses, wenn es gilt, gemeinschaftlich auf das Volk loszuprügeln“ (IV, S. 125).

Damit hatte der Parlamentarier der Arbeiterbewegung zugleich die Grenzen des möglichen Bündnisses oder zeitweiligen Zusammengehens mit Politikern des Zentrums oder Organisationen ähnlicher Art beschrieben, wie er denn schon am 1. April 1911 auf Vorwürfe, sozialdemokratische Gewerkschafter hätten nicht mit christlichen zusammengearbeitet, prinzipiell so geantwortet hatte:

„Ich will aber darauf hinweisen, daß, wenn derartige Weigerungen, mit christlichen Organisationen zu verhandeln, in der Tat sich ereignet haben, es dann höchstens dort der Fall gewesen ist, wo diese christlichen Organisationen sich bei den Kämpfen der Arbeiterschaft auf die Seite des Unternehmertums gestellt hatten und streikbrecherisch den Arbeitern in den Rücken gefallen waren.“

(IV, S. 39)

Diese Bemerkung ist insofern wichtig, als Liebknecht immer darauf hinweisen mußte, daß „die Zentrumsarbeiter, die hier (im preußischen Abgeordnetenhaus. G.W.) anwesend sind, ...sozusagen als Konzessionsschulzen in die Zentrumsparlei aufgenommen sind“:

„Von den Zentrumsarbeiterabgeordneten wird man sicherlich Rechenschaft fordern, man wird kein Verständnis für irgendeine par-

lamentarische Diplomatie besitzen, die es etwa rechtfertigen soll, daß Sie durch dick und dünn gegangen sind mit der Mehrheit der Zentrumsparlei; man wird es nicht verstehen, daß die Zentrumsarbeiter, die hier im Hause sitzen, nicht einmal mit der Faust auf den Tisch des Hauses geschlagen haben ... Nicht ein einziges Mal haben Sie offen gegen die unerhörte Taktik der Zentrumsparlei opponiert. Es ist nicht ersichtlich, daß Sie sich die allergeringste Mühe gegeben haben, auch nur innerhalb der Zentrumsparlei Ihren Willen durchzudrücken. Man wird es draußen verstehen, wenn wir sagen, daß es Pflicht der Zentrumsarbeitervertreter hier in diesem Hause gewesen wäre, entsprechend ihrer ausdrücklich gegebenen Verheißung und entsprechend den Pflichten, die ihnen durch die Tatsache auferlegt sind, daß sie die Arbeiter vertreten, das Tisch-tuch zwischen sich und dem Zentrum zu zerschneiden. Das wäre ihre unbedingte Verpflichtung gewesen.“ (III, S. 182f.)

In der bereits angeführten Rede vom 1. April 1911 verschärfte Liebknecht im Blick auf ein zur Debatte stehendes Gesetz zur Unterdrückung der Arbeiter im Ruhrrevier diese Position, wenn er feststellte:

„Meine Herren, ich erkläre noch einmal, daß dieses Gesetz eine Art Kriegsvorbereitung gegen die organisierte Bergarbeiterschaft im Ruhrkohlenrevier ist und nichts anderes. Ich stelle fest, daß das Zentrum, indem es zu dieser Kriegsrüstung, zu dieser Verstärkung der Machtposition des Unternehmertums gegenüber der Bergarbeiterschaft seine Zustimmung gibt, sein wahres Gesicht in der Arbeiterfrage enthüllt, daß es dieses wahre Gesicht damit für jeden, der Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, enthüllt. Die Abstimmung des Zentrums zu diesem Gesetz wird unmittelbar diktiert ... durch den Haß des Zentrums und auch der sogenannten Arbeitervertreter im Zentrum gegen die Gewerkschaften, ... die einzigen ersten Vorkämpfer der Arbeiterklasse, die man so mit Hilfe der Regierung und des Scharfmachertums niederzuwerfen sucht, weil man dann besser im trüben fischen zu können hofft.“ (IV, S. 34)

Und Liebknecht fügte hinzu, daß sich das Zentrum „als ein offensichtlichlicher Judas an den Bergarbeitern des Ruhrkohlenreviers“ erwiesen habe (IV, S. 35). Auf diese Formulierung kam Liebknecht ad personam am 19. März 1912 zurück (V, S. 138).

Schließlich war es nur charakteristisch, daß Liebknecht in dieser Zeit der Verschärfung der Klassenkämpfe die christlichen Gewerkschafter (mochten sie nun Imbusch oder Giesberts heißen) immer schärfer angreifen und vor allem ihre Zusammenarbeit mit Polizei und Militär anprangern mußte (V, S. 268ff.; V, S. 174ff.; V, S. 330).

Und im Zuchthaus notierte Karl Liebknecht 1916, hier nun die christlichen und revisionistischen sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer gemeinsam ins Visier bekommend:

„Die freien Gewerkschaften mit den christlichen und Hirsch-Dunckerschen verbündet, ein Block von Giesberts und Behrens bis Legien! Verbündet vor allem zur Denunziation und Ausrottung des proletarischen Klassenkampfes gegen den Krieg!“ (IX, S. 227)

Liebknecht über den „Richtungsstreit“ ...

Wir hatten schon gesehen, wie genau Liebknecht Differenzierungsprozesse in Kirche und Theologie beobachtete. Diese Feststellung läßt sich nun auch hinsichtlich der christlichen Gewerkschaften treffen. Gemeint ist hierbei vor allem der 1912 ausgebrochene Gewerkschaftsstreit innerhalb des Katholizismus, zwischen den Arbeitervereinen und den christlichen Gewerkschaften, zwischen der „Berliner“ und der „Kölner“ Richtung, wobei die Berliner die extrem klerikale repräsentierte, überdies jene, die vom Vatikan und von der Mehrheit der deutschen Bischöfe unterstützt wurde (Enzyklika „Singulari quadam“ von 1912). Charakteristischweise in der „Jesuitendebatte“, über die abschließend noch ein Wort gesagt werden muß, griff Lieb- knecht auf seine Weise in die Auseinandersetzung im Gewerkschaftsstreit ein und erklärte am 6. Dezember 1912:

„Mir scheint, daß Ihre Situation in der Gewerkschaftsfrage in der Tat nicht beneidenswert ist. Wie die Stimmung in der katholischen Arbeiterschaft über die Enzyklika des Papstes ist, dafür ist ein redendes Beispiel unser Herr Kollege Giesberts, der in der 7. Generalversammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes am 14. Juli dieses Jahres in Dortmund die Bischöfe und die katholischen Geistlichen als Wegelagerer bezeichnet hat (Stürmische Rufe links: ‚Hört! Hört!‘), die hinter der päpstlichen Enzyklika über die Gewerkschaften stehen ... Die Matadore der Berliner Richtung sind es, die Herr Giesberts mit diesen scharfen Wendungen gebrandmarkt hat, und das sind dieselben, die hinter der päpstlichen Enzyklika stehen. Es ist also ganz klar, daß meine Auffassung von jener Giesbertsschen Bemerkung zutreffend ist ... Ich bin nicht in der Lage, die Einzelheiten dieses päpstlichen Erlasses zu erörtern, aber daran kann kein Zweifel obwalten, daß diese päpstliche Enzyklika den christlichen Gewerkschaften die seidene Schnur um den Hals gelegt hat (‚Sehr richtig!‘ bei den Sozialdemokraten.) und von allen christlichen Gewerkschaftsorganisationen künftig den katholisch-päpstlichen Fahnen- eid fordert. Damit ist in der Tat, meine Herren, das Schicksal der christlichen Gewerkschaften besiegt.“ (V, S. 455 f.)

Am 14. Januar 1913 kam Liebknecht noch einmal auf diese Materie zurück und formulierte:

„Nun, trotz alledem, meine Herren, es ist eine Tatsache, die sich nicht leugnen läßt, daß die Berliner Richtung sich in einen Gegensatz zu den christlichen Gewerkschaften gesetzt hat. Aber auch das ist mehr oder weniger ein Kampf mit verteilten Rollen; denn wir

erkennen deutlich, wie trotz der heftigen Kämpfe, die da ausgekämpft worden sind mit Fenstereinwerfen und dergleichen – ich brauche ja nicht die bekannten Äußerungen aus der Zentrums- presse zu zitieren –, schließlich die beiden Organisationen gemeinschaftlich den Verrat an der Arbeiterklasse geübt haben. Begonnen hat mit dem Verrat ganz offenbar die Berliner Richtung, und die christlichen Gewerkschaften haben zunächst getan, als ob sie Opposition machten; dann haben sie einfach Fahnenflucht begangen, und damit war der Verrat an der Arbeiterschaft perfekt. Meine Herren, wie Sie sich damit selbst gekennzeichnet haben, das beweist eine Episode aus diesem Bruderkampfe. Die Vertrauensmänner der Berliner Richtung haben im Dezember gegen die christlichen Gewerkschaften ein Flugblatt veröffentlicht, fast wörtlich abgeschrieben von einem Flugblatt, das die christlichen Gewerkschaften beim Ruhrrevierstreik gegen den freien Verband, gegen die drei Verbände veröffentlicht haben, die damals im Streik standen. Sie (zum Abgeordneten Imbusch) haben die Berliner Organisationen als Streikbrecher bezeichnet; Sie haben damit anerkannt, welches Recht wir gehabt haben, Sie im Frühjahr vorigen Jahres als Streikbrecher zu bezeichnen. Sie sind jetzt selbst aus Ihren eigenen Reihen als das gekennzeichnet worden, was Sie sind.“ (VI, S. 40)

Hieraus ergibt sich klipp und klar, daß Liebknecht am 6. Dezember 1912 sich nicht mit Giesberts solidarisierte (ihn hatte er schon früh entlarvt: III, S. 62). Er griff nur partiell richtige Bemerkungen von Giesberts auf, um den Gesamtkomplex der arbeiterfeindlichen Politik des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften zu entlarven.

Erinnern wir uns noch einmal an Liebknechts Definition zum Wesen der bürgerlichen Parteien, insbesondere in bezug auf die kirchliche Bürokratie und auf ideologische Positionen. Natürlich lassen sich auch die Einzelheiten dieser Problematik aus seinen Reden erschließen. Was das Verhältnis etwa des Zentrums zur kirchlichen Bürokratie betrifft, so sagte er am 15. Mai 1911 im preußischen Abgeordnetenhaus:

„Dann hat der Herr Vorredner gemeint, der Lehrer käme zu viel ins politische Parteigetriebe, und das sei nicht angängig. Ja, meine Herren, um alles in der Welt, wie können Sie hier eine solche Stellung der Lehrerschaft gegenüber einnehmen, die gerade Sie doch eine große Zahl von Mitgliedern unter sich haben, die entweder Beamte oder Geistliche sind und die sich doch vor dem politischen Parteigetriebe nicht im mindesten scheuen und dies für Ihregleichen als selbstverständlich in Anspruch nehmen! Wer ist bei uns stärker politisiert als der Beamte, als der Landrat! Wer ist bei uns stärker politisiert als der Geistliche, speziell der Geistliche derjenigen Partei, die hier gerade diese Argumentation in die Welt hingesetzt hat!“ (IV, S. 379)

Und zum weltanschaulichen Charakter des Zentrums hob Lieb- knecht in Parlamentsreden hervor:

„Es muß wohl möglich sein, einer Partei, die in dem Maße, wie es das Zentrum tut, als konfessionelle Partei auftritt, als Vertreterin des Christentums – es muß möglich sein, einer solchen Partei vorzuhaltend, in welcher Weise sie der Masse der Bevölkerung den Willen ihres Gottes darstellt, in einem Augenblick, wo man sich anschickt, die Interessen des Volkes zu verraten.“ (III, S. 168)

„Dreimal wohl hat der Herr Abgeordnete Bartscher (vom Zentrum. G. W.) heute geredet vom Christentum – dazu haben Sie das gute Recht –, von Vaterlandsliebe – dazu könnte man, wenn Sie das Wort hier in dieser Gesellschaft gebrauchen, schon ein großes Fragezeichen machen – und dann von Monarchie. Ich muß gestehen: Das Zentrum in dieser Weise den Mund voll nehmen sehen mit ‚Monarchie‘ und ‚Vaterlandsliebe‘ – ausgerechnet das Zentrum in dieser Zeit! –, das ist ein Schauspiel für Götter. Für die Pikanterie dieses Schauspiels und für den Jesuitismus, der darin liegt, die kennzeichnenden Ausdrücke zu finden, dürfte mir die Ordnung dieses Hauses verbieten.“ (IV, S. 40)

... und über das Jesuitengesetz

Vor diesem Hintergrund sind nun Liebknechts Aussagen über das Jesuitengesetz zu sehen, und hierzu gibt es in der Tat klassische Äußerungen, die es erlauben, die Gesamthematik dieser Studie noch einmal präzise zusammenzufassen.

In extenso hat Liebknecht zweimal zum Jesuitengesetz Stellung genommen, also zu jenem Reichsgesetz vom 4. Juli 1872, das den Jesuitenorden verbot, die Auflösung seiner Niederlassungen forderte und erzwang und bis 1917 gültig blieb. Das Zentrum machte mehrfach Vorstöße gegen dieses Gesetz, das eine der ersten Maßnahmen im Rahmen des Kulturkampfes war (vgl. hierzu etwa auch I, S. 108). Beide Reden hängen eng miteinander zusammen; die eine am 6. Dezember 1912 im Reichstag ging die Frage zentral an, die andere am 14. Januar 1913 im preußischen Abgeordnetenhaus behandelte sie im Zusammenhang mit der preußischen Politik.

Während Liebknecht einerseits erklärte, daß die „Sozialdemokratie sich bei jeder Gelegenheit Mühe gegeben hat, mit aller Wucht für die Aufhebung des Jesuitengesetzes einzutreten“ (VI, S. 28), weil sie gegen jegliche Ausnahmegesetzgebung sei, war er andererseits in der Lage, den Nachweis zu erbringen, daß die Zentrumsparterie nur demagogisch aufträte, wenn sie die Jesuitendebatte bzw. die „Jesuitenmonologe“ (V, S. 447) provozieren. Und er fügte hinzu:

„Es ist niemals so deutlich wie bei dieser Debatte zutage getreten, daß alle Einwendungen der Zentrumsparterie, sie sei keine konfessionelle Partei, nichts weiter sind als Gaukelspiel. Sie sind und blei-

ben eben leider trotz alledem die klerikale Partei katexochen, und alle anderen Interessen des Volkes, und wenn es die wichtigsten Elementarinteressen des Volkes sind, treten bei Ihnen zurück hinter jedem Interesse des Klerikalismus, des Römischen Stuhls.“

(V, S. 451)

Den Hauptstoß richtete Liebknecht indes vor allem in zwei Richtungen. Einmal machte er klar:

„Aber was soll man zu all den Deklamationen über die Gewissensfreiheit sagen, wenn man sich vergegenwärtigt, wie gerade von den Herren im Zentrum die Denunziation gepflegt wird, wie ich vorher bereits ausgeführt habe, wie die Herren vom Zentrum keinerlei Gewissensfreiheit in politischer Beziehung geben wollen! (Zurufe aus dem Zentrum.) – Gewiß, das läuft auch darauf hinaus. Gibt es denn nur religiöse Gewissensfreiheit, gibt es nicht auch eine politische Gewissensfreiheit? Die politische Gewissensfreiheit treten Sie aber mit Füßen, wo Sie die Möglichkeit dazu haben, von der religiösen Gewissensfreiheit gänzlich zu schweigen. Es wimmelt, kann man sagen, in Deutschland allenthalben von Ausnahmegesetzen, die die unteren Klassen der Bevölkerung belasten.“ (V, S. 453)

Und auf das Wahlrecht bezogen konkretisierte er diese Stellungnahme:

„Es ist wahrlich nicht neu, wenn ich sage: Sie brauchen den Kulturkampf, Sie sind es, die vom Kulturkampf leben (‚Sehr wahr! links.‘); und wenn kein Kulturkampf existiert, wo Sie ihn brauchen, dann fabrizieren Sie ihn halt selbst (Lebhafte Zustimmung links.), damit er jedenfalls da ist. So haben Sie damals eine ganz künstlich aufgeputzte Kulturkampfpaukerei in Preußen losgelassen, um die Arbeiter zu verwirren, sie auf ihre angeblichen religiösen Interessen hinzulenken und von ihren politischen Interessen abzulenken.“ (V, S. 454)

Zum anderen enthüllte Liebknecht die Einheitsfront aller reaktionären und klerikalen Kräfte, selbst in dieser Frage, die konfessionellen Sprengstoff enthielt, wenn er ausführte:

„Ich möchte nur noch darauf hinweisen, daß bereits am ersten Tage der Etatsdebatte der Herr Abgeordnete Graf von Westarp gegenüber dem Angriff des Herrn Abgeordneten Spahn erklärte, daß die beiden Parteien der Rechten, das Zentrum und die Deutsch-Konservativen zusammengehen müßten, auf Gedeih und Verderb verbunden seien, weil sie gemeinsam den Kampf gegen den Unglauben und den Umsturz zu führen berufen seien. Ich glaube, das ist das Programm, auf das die Herren sich schließlich einigen werden, und der Bundesrat und die Regierung werden nach einiger Zeit schließlich in der Jesuitenfrage sanftere Seiten aufziehen. Und wenn die Herren vom Zentrum genügend ihren Zorn ausgetobt haben, wenn sie die Broschüre, als die sie offenbar die Rede des Herrn Abgeordneten Gröber drucken und im Lande verteilen lassen wollen, losgeworden sind, dann wird wieder Ruhe einziehen, sofern die

Herren annehmen, daß die katholische Bevölkerung nun genügend hinter das Licht geführt sei.“ (V, S. 457f.)

Seine Auffassungen über Gewerkschaftsstreit und Jesuiten-debatte zusammenfassend, formulierte Liebknecht im preußischen Abgeordnetenhaus:

„Es bewahrheitet sich bei der Regiekunst, die hier vom Zentrum entfaltet ist, das Wort von Morton aus ‚Heinrich IV.‘: ‚Es verwandeln die Bischöfe Aufruhr in Religion.‘ So suchen Sie bei dieser Gelegenheit die gesamte politische Unzufriedenheit derjenigen Bevölkerung, die Ihnen anhängt und für die Sie keine ehrlichen politischen Befriedigungsmittel haben, die ganze politische und soziale Gärung unter Ihren Anhängern in Religion zu verwandeln, um auf diese Weise einen bequemeren Standpunkt zu haben. Aber solche Falschmünzerei ist nicht auf die Dauer möglich.“ (VI, S. 33)

Diese wenigen Materialien beweisen, wie extensiv und intensiv Karl Liebknecht sich mit den bürgerlichen Parteien, zumal mit dem Zentrum, auseinandergesetzt und welch exakten strategischen und taktischen Überlegungen er gerade auch zu diesen Fragenkomplex entwickelt hat.

Stellungnahmen Karl Liebknechts zu Einzelfragen

Ehe der Versuch einer abschließenden Würdigung unternommen werden soll, mag es angezeigt erscheinen, noch auf einige scheinbar weniger bedeutende Details einzugehen, die indes bei Karl Liebknecht als *pars pro toto* in Erscheinung treten.

1. Bekanntlich hat sich Karl Liebknecht immer wieder gegen die Unterdrückungsmaßnahmen des russischen Zarismus ausgesprochen, hat er zur Solidarität mit der russischen Arbeiterbewegung aufgerufen und ist auch als Verteidiger aufgetreten, wenn der zaristische Terror nach Deutschland hineingriff. Besonders bekannt wurde 1911 Liebknechts Mitwirkung an der Enthüllung der Ursachen für den Selbstmord des Studenten *Dubrowsky*. Diesem Studenten war wegen angeblicher politischer Unzuverlässigkeit die Immatrikulation an der Berliner Universität verweigert worden. Vor dem preußischen Abgeordnetenhaus konnte Liebknecht hierzu folgendes aufschlußreiche Detail vortragen:

„Ich habe schon auf die hohe Stellung seines Vaters hingewiesen. Meine Herren, die Stellung seines Vaters ist ja derart, daß man fast sagen kann, er ist der Kollege des Herrn Kultusministers... Der Herr Kultusminister hat seinem Kollegen drüben, dem hohen Beamten am Heiligen Synod, diesen Stoß ins Herz versetzt durch die Kleinlichkeit der preußischen Universitätsverwaltung. Dieser selbige Vater hat nun am 17. dieses Monats bei Gelegenheit des Ge-

burtstages des Zaren einen der höchsten russischen Orden bekommen, den Stanislaus-Orden erster Klasse... Vielleicht hat der russische Zar sich so bemüht, dem Vater in seiner Art einen kleinen Trost zu geben für das Leid, das ihm der preußische Kollege, der Herr Kultusminister, angetan hat.“ (IV, S. 393)

Was nun die Solidarisierung Karl Liebknechts mit den vom Zarismus Unterdrückten angeht, so macht er hierbei keine Unterschiede. In einem Plädoyer in Königsberg am 23. Juli 1904 sagte er:

„Die russische Geschichte ist wie die keines andern Landes mit Blut geschrieben, mit Blut, das nicht vom Volke vergossen ist, sondern von den Herrschergeschlechtern untereinander und mit dem an den Händen der Regierung klebenden Blut der Bauern, der Sektierer, der Arbeiter, der jüdischen Bevölkerung und – der Soldaten und Offiziere!“ (I, S. 68)

Mit den „Sektierern“ sind (vgl. hierzu die von mir 1955 im Union Verlag herausgegebene Publikation „Evangelische Christen in der Sowjetunion“) Baptisten, Adventisten und andere gemeint.

Um noch ein drittes Beispiel aus der russischen Geschichte anzuführen: Liebknecht hat mehrfach (u. a. III, S. 353, und IX, S. 312f.) treffende Charakterisierungen des Popen *Gapon* gegeben, der in der Revolution von 1905 eine umstrittene Rolle gespielt hat.

2. In die Aufdeckung von Materialien des antimilitaristischen Kampfes hat Karl Liebknecht auch solche pazifistischer christlicher Kreise einbezogen. Merkwürdigerweise erwähnt er zwar, soweit ich sehe, die von *Blumhardt* und *Ragaz* nicht (im Gegensatz zu *Lenin*, dem *Ragaz* mit seinen „Neuen Wegen“ in den Gesichtskreis getreten war); wohl aber bezieht er sich auf Aktivitäten des Pfarrers *Pflüger* in Zürich (I, S. 393) und auf „holländische Tolstoianer, (den) evangelische(n) Pfarrer Schermerhorn und sonstige Spezialitäten des religiösen und humanitären Antimilitarismus aus Holland“ (I, S. 409), und kritisch äußert er sich mehrfach über *Ferdinand Domela Nieuwenhuis*, einen ehemaligen Pfarrer und Anarchisten in der holländischen Sozialdemokratie (I, S. 85, S. 399 und S. 433).

Mit *Pflüger* nannte Liebknecht einen damals sehr bekannten reformierten Theologen, der einer der ersten sozialdemokratischen Pfarrer in der Schweiz war und 1910 zum Stadtrat in Zürich und später in den Regierungsrat des Kantons gewählt wurde. Die Bemerkungen über die holländischen „Spezialitäten“ sind insofern sehr bedeutungsvoll, als es diese ja auch heute noch gibt; man denke nur an die Auseinandersetzungen im holländischen Katholizismus, an die Mennoniten usw.

Andererseits berücksichtigte Liebknecht bei der Analyse chauvinistischer Materialien auch die Positionen reaktionärer Kreise des „neutralen“ Auslands. Dies gilt vor allem für Aufsätze und Reden des Schweizer Theologen Adolf Bolliger, 1891 Professor in Basel, 1905 bis 1922 Pfarrer in Zürich, der in seinen Kriegsschriften, wie Prof. Mulert geschrieben hat, „für Deutschland eintrat“. Bei Liebknecht finden sich die Bezüge hierauf in der schon zitierten Eingabe vom September 1916 (IX, S. 203f.).

3. Im Jahre 1910 bereiste Karl Liebknecht die USA. In Berichten über sein dortiges Auftreten (datiert vom 2. Dezember 1910) heißt es:

„Drastisch waren Liebknechts Ausführungen über die Stellung der Kirche in Amerika, von der er überall fand, daß sie hier eine viel gefährlichere Macht bilde als in dem alten Europa. Auch Giesberts, der deutsche Zentrumsjesuit, den sich die amerikanischen Pfaffen jüngst herüberholten, sowie die ‚New Yorker Staatszeitung‘, die Giesberts unter ihre Fittiche nahm und gegen Liebknecht eine törichte Polemik führte, wurden nicht übergangen.“

(III, S. 512)

Auch hier zeigt sich Liebknechts scharfe Beobachtungsgabe; er signalisierte in einer Zeit, in der man das Christentum, zumal den Katholizismus, in den USA für nicht sehr einflußreich hielt, Entwicklungen, die heute zu den Besonderheiten des ideologischen Profils des amerikanischen Imperialismus gehören.

4. Wir hatten gesehen, daß sich Karl Liebknecht für die religiösen Minderheiten in Rußland interessierte. Er tat dies überhaupt. Schon in seiner Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ machte er die bezeichnende Feststellung:

„Allerdings soll nicht vergessen werden, daß sich der Militarismus auch gegen den inneren nationalen, selbst religiösen ‚Feind‘ – in Deutschland zum Beispiel gegen die Polen, Elsässer und Dänen – richtet und auch bei Konflikten innerhalb der nichtproletarischen Klassen Verwendung finden kann, daß er eine sehr vielgestaltige und wandlungsfähige Erscheinung ist und daß der preußisch-deutsche Militarismus durch die besonderen halbabsolutistischen, feudal-bürokratischen Verhältnisse Deutschlands zu einer ganz besonderen Blüte gediehen ist.“

(I, S. 277f.)

Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang, daß Liebknecht am 23. Februar 1912 im Reichstag die Rechtlosigkeit ausländischer Arbeiter in Deutschland, zumal in Preußen, angeprangert und hierbei zum Ausdruck gebracht hat:

„Aber ganz allgemein wird, besonders in Preußen, allen denjenigen die Naturalisation versagt, die sich irgendwie verdächtig ge-

macht haben, politisch oder religiös unbequemen Bestrebungen nachzugehen. Man braucht dabei nicht Sozialdemokrat zu sein.“

(V, S. 90)

Schließlich sei hier aus den im Zuchthaus Luckau gesammelten und zusammengestellten Materialien die folgende Notiz zitiert:

„Neue Nationen werden entdeckt – neue Staaten wie Semmeln (Schrippen, Bretzeln) gebacken (das geht wie's Katzen...). ‚Lettgallen‘ (Polnisch-Livland) – ‚früheres Ordensgebiet‘; am 26. 4. 18 ‚Landesrat‘ u. ‚Kreissamt‘ (‚Landtag‘), d. h., ein paar Barone u. Statisten proklamieren die ‚Unabhängigkeit Lettgallens‘ u. beschließen Anschluß an Livl. u. Kurland u. Hertling um Unterstützung zu bitten. Dazu ‚D(eutsche) Tagesztg.‘, 27. 5. 18: ‚Lettgallen wird von katholischen Letten bewohnt; Großgrundbesitz ist in den Händen von Balten, Polen u. einigen Letten. Lettgallen gehört zu dem Gebiet, das uns Rußl. gegenüber militärisch eine sichere Grenze geben soll.“

(IX, S. 532f.)

5. Besonders aufschlußreich ist (wir hatten es schon gesehen) Liebknechts Enthüllung des Mißbrauchs der Religion in jeweils ad hoc gemachten, aber das Prinzipielle betonenden Bemerkungen im Blick auf das Verhältnis des Christentums und des Islam zum Imperialismus.

Am 17. November 1912 sprach Karl Liebknecht auf der Budapest-Friedensdemonstration aus Anlaß des ersten Balkankrieges. Hierbei erklärte er u. a.:

„Ein Kreuzzug ist eingeleitet worden, gepredigt vom König Ferdinand von Bulgarien . . ., ein Kreuzzug gegen den Halbmond im Namen des Christentums. Und im Namen des Christentums sind Tausende und Zehntausende blühender Menschenleiber zerfleischt und vernichtet und zerstampft, Zehntausende von Müttern ihrer Kinder beraubt, Hunderttausende von Kindern ihrer Väter beraubt, Zehntausende von Frauen zu Witwen gemacht worden. Die Sklaven des Kapitalismus in jenen Balkanstaaten, die Sklaven jener halbbarbarischen oder ganzbarbarischen Zustände in jenen Staaten, die werden ausgesandt als Fackelträger der Freiheit, damit sie die Freiheit bringen sollen den unter türkischem Joch seufzenden Völkern. Und wenn sie die Arbeit verrichtet haben werden, was wird dann geschehen? Dann werden sie zurückkehren und in die alte Sklaverei eingespant werden . . ., und den goldenen Gewinn aus dem Blute des Volkes, den werden die herrschenden Klassen einsammeln.“

(V, S. 425)

Andererseits zögerte Liebknecht nicht, nach Bekanntwerden der türkischen Greuelthaten gegen die Armenier am 11. Januar 1916 im Reichstag (im Rahmen seines „Anfragenfeldzuges“) eine „Kleine Anfrage“ folgenden Inhalts zu stellen:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß während des jetzigen Krieges im verbündeten türkischen Reiche die armenische Bevölke-

zung zu Hunderttausenden aus ihren Wohnsitzen vertrieben und niedergemacht worden ist? Welche Schritte hat der Herr Reichskanzler bei der verbündeten türkischen Regierung unternommen, um die gebotene Sühne herbeizuführen, die Lage des Restes der armenischen Bevölkerung in der Türkei menschenwürdig zu gestalten und die Wiederholung ähnlicher Greuel zu verhindern?“

(VIII, S. 438)

Die Antwort des Kaiserlichen Gesandten von Stumm blieb natürlich unbefriedigend, und Liebknecht versuchte, eine Zusatzfrage zu stellen:

„Liebknecht: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß Professor Lepsius geradezu von einer Ausrottung der türkischen Armenier gesprochen – (Glocke des Präsidenten. Redner versucht weiterzusprechen. – Rufe: „Ruhe! Ruhe!“) Präsident: Herr Abgeordneter, das ist eine neue Anfrage, die ich nicht zulassen kann.“ (VIII, S. 439)

An diesem Vorgang, der im Politischen Brief der Spartakusgruppe vom 27. Januar 1916 (VIII, S. 462) aufgegriffen wurde, ist zweifellos interessant, wie der Führer der Linken in der deutschen Arbeiterbewegung die Enthüllungen des Direktors der Deutschen Orient-Mission, des Theologen Dr. Johannes Lepsius, aufgriff und wie der „christliche“ Präsident des Deutschen Reichstages die öffentlichen Darlegungen über die Anklagen von Dr. Johannes Lepsius zu verhindern suchte.

6. Schließlich sei noch auf zwei kulturelle Aspekte hingewiesen.

Der eine: In der Rede vom 18. April 1913 im preußischen Abgeordnetenhaus formulierte Liebknecht in einem hier nicht näher zu beschreibenden, weil nur aus der damaligen Situation heraus zu verstehenden Zusammenhang Sätze über die Kirchenmusik, die buchstäblich für die Würdigung der Kirchenmusik in der DDR gültig sind:

„Meine Herren, Sie wissen, wie wenig ich in dem üblichen Sinne religiös bin. Ich habe keiner Kirche angehört, und ich glaube, trotz alledem habe ich in meinem Leben vielleicht mehr geistliche Musik gehört als sehr viele von Ihnen und habe eine Freude an dieser Musik, wie wahrscheinlich mancher von Ihnen sie nicht haben wird. Und so geht es natürlich sehr vielen, die durchaus nicht abgestempelt religiös sind. Wir würden es energisch zurückweisen müssen, wenn man denjenigen, die einer kirchlich abgestempelten Religiosität entbehren sollten, etwa verwehren möchte, die Werke unserer unsterblichen Kirchenkomponisten zu genießen.“ (VI, S. 233)

Der andere Aspekt: Liebknecht war, wie aus allen Reden und Aufsätzen, vor allem aber aus den Briefen hervorgeht, ein glänzender Kenner der Literatur. Es sei dies hier im Blick auf Herder exemplifiziert: Unter den in Luckau gesammelten Mate-

rialien befindet sich ein Exzerpt aus Herders „Ideen“ gegen die Kreuzzüge (IX, S. 523). Seinem Sohn Wilhelm empfahl er in einem Brief vom 18. März 1917 aus dem Zuchthaus Herders „Cid“, „Stimmen der Völker in Liedern“, und gleichzeitig schrieb er:

„Ihr sollt die Matthäus-Passion hören – in klassischer Aufführung! –, das wundervollste Werk auf dem Gebiet des Oratoriums. Die Noten hatte ich im Militärarrest. Studiere sie vorher. Nicht ganz leicht zu verstehn. Kontrapunkt u. Fuge – sieh im Musiklexikon nach, was das ist. Gleich der erste Satz: 8stimmiger Chor nebst Cantus firmus; durchblickt man das Zaubergewebe, ist man bezaubert vor Seligkeit. Nichts Süßeres, Zarteres, Rührenderes u. – in den Volksszenen – nichts Großartigeres kennt die Musik.“

(IX, S. 335)

Schließlich hielt er schon anlässlich des bereits erwähnten Falles Dubrowsky den reaktionären Parlamentariern und dem preußischen Kultusminister die Bemerkung Herders aus seinen Schulreden entgegen:

„Geister der Wissenschaft, ihr reinen, ewigen Seelen, Geister der Sitte und Zucht, werdet, o werdet uns nah, Possen bannet hinweg, unkeuschen Geschmack und den Dünkel, der Kastaliens Quell schmählich entweiht und trübt!“ . . . Wenn man überhaupt noch ein Gefühl für Reinlichkeit hat, unreinlicher, als Kastaliens Quell unter dieser Art der Polizeibevormundung und Polizeiwirtschaft bei uns in Preußen ist, kann er doch wahrlich kaum mehr sein.“

(IV, S. 420f.)

Und wie Herder wußte Liebknecht, um nur noch dies zu erwähnen, den „frommen Sebastian Franck“ zu würdigen, und er zitierte 1910 in einer Rede dessen Satz:

„Tyrannie wird billig mit Aufruhr bestraft.“ (II, S. 422)

Von Müntzer zu Liebknecht – und weiter!

Die Analyse von Karl Liebknechts Äußerungen über Kirche und Christentum hat wohl zweierlei deutlich gemacht:

Einmal ist klar zum Ausdruck gekommen, daß alle diese Stellungnahmen des großen Führers der deutschen Arbeiterbewegung, der von den Mordbanden des Imperialismus hingemordet wurde, im Kontext der Klassenkämpfe seiner Zeit gestanden haben, von ihnen beeinflusst wurden und auf sie zurückwirkten, gerade auch in der Auseinandersetzung mit revisionistischen Kräften. Es ist offensichtlich, daß mit Beginn des imperialistischen Krieges Liebknechts Äußerungen immer schärfer werden mußten, und erst recht gilt dies für die wenigen Wochen seines

Lebens und Kämpfens nach dem 9. November 1918. So kann man auch in seiner letzten Arbeit, dem Artikel „Trotz alledem!“ vom 15. Januar 1919, lesen:

„Und die Ebert-Scheidemann-Noske haben gesiegt. Sie haben gesiegt, denn die Generalität, die Bürokratie, die Junker von Schlot und Kraut, die Pfaffen und die Geldsäcke und alles, was enghörig, beschränkt, rückständig ist, stand bei ihnen. Und siegte für sie mit Kartätschen, Gasbomben und Minenwerfern.“ (IX, S. 710)

Und es war in diesem Aufsatz in der klassischen Sprache des Agitators Liebknecht hinzugefügt:

„Für die lebendigen Urkräfte der sozialen Revolution, deren unaufhaltsames Wachstum das Naturgesetz der Gesellschaftsentwicklung ist, bedeutet Niederlage Aufpeitschung. Und über Niederlage und Niederlage führt ihr Weg zum Siege. Die Sieger aber von heute? Für eine ruchlose Sache verrichteten sie ihre ruchlose Blutarbeit. Für die Mächte der Vergangenheit, für die Todfeinde des Proletariats. Und sie sind schon heute unterlegen! Denn sie sind schon heute die Gefangenen derer, die sie als ihre Werkzeuge zu gebrauchen dachten und deren Werkzeuge sie seit je waren. Noch geben sie der Firma den Namen. Aber nur eine kurze Galgenfrist bleibt ihnen. Schon stehen sie am Pranger der Geschichte. Nie waren solche Judasse in der Welt wie sie, die nicht nur ihr Heiligstes verrieten, sondern auch mit eigenen Händen ans Kreuz schlagen. Wie die offizielle deutsche Sozialdemokratie im August 1914 tiefer sank als jede andere, so bietet sie jetzt, beim Morgenrauen der sozialen Revolution, das abscheuerregendste Bild.“ (IX, S. 710 f.)

Dies werden wir heute im Blick auf den Kampf gegen die kleinreaktionäre wie insbesondere gegen alle Schattierungen des Sozialdemokratismus gut zu beachten haben. —

Gleichzeitig dürfte die Zusammenstellung dieser Materialien klargemacht haben, wie die vom VIII. Parteitag der SED neuerlich bestätigte schöpferische Bündnispolitik der Arbeiterbewegung gerade im Kampf von Karl Liebknecht ihre historischen Traditionslinien hat, und es ist in diesem Sinne in echter Weise symbolisch für die von allen gesellschaftlichen Kräften in der DDR unter Führung der Partei der Arbeiterklasse zur Geltung gebrachte Dialektik von Abgrenzung und Parteinahme, wenn der 100. Geburtstag Karl Liebknechts mit dem zehnten Jahrestag der Errichtung des antifaschistischen Schutzwalls zusammenfällt.

Karl Liebknecht zu würdigen, gerade auch die Ansätze zur Bündnispolitik bei ihm — dies geschieht am Jahrestag seiner Ermordung, an seinem 100. Geburtstag und im Alltag unseres politischen und geistigen Kampfes so, wie dies Albert Norden in seiner Rede am 18. Januar 1971 anlässlich der Berliner Manifestation zu Ehren von Rosa Luxemburg und Karl Lieb-

knecht formulierte, und man kann die Darlegungen der vorliegenden Studie in der Tat sinngemäßer nicht abschließen als mit einem Zitat aus dieser Rede:

„Als der größte Revolutionär des 16. Jahrhunderts, der deutsche Bauernführer Thomas Müntzer, ermordet worden war, da klagte lange danach sein weltberühmter Gegner darüber, daß jedes Jahr mehr und mehr Menschen zu Müntzers Hinrichtungsstätte pilgerten und der Weg dahin immer breiter werde. So ziehen auch wir Jahr für Jahr im Strom der Hunderttausende zur letzten Ruhestätte der treuen und hervorragenden Vorkämpfer des Sozialismus. Wir tragen das rote Banner der großen Toten durch die Gegenwart in die Zukunft hinein. Das Andenken an Liebknecht und Luxemburg und alle Freiheitskämpfer unserer an sozial-revolutionären Kämpfen so reichen Geschichte wird auch kommende Generationen zu revolutionären Taten begeistern.“

Hinweis

Die Zitate aus Karl Liebknichts Reden und Schriften sowie aus der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ sind im Text nachgewiesen.

Auf zusätzliche Anmerkungen wurde verzichtet. Es sei nur auf folgendes hingewiesen: Biographische Notizen über Theologen wurden im allgemeinen der zweiten Auflage von „Religion in Geschichte und Gegenwart“ entnommen, lediglich die über Jülicher der dritten Auflage.

Diejenigen Leser, die weitere Erläuterungen hier genannter bürgerlicher Politiker sowie christlicher Gewerkschafter wünschen, seien gewiesen an die beiden Bände des Handbuchs „Die bürgerlichen Parteien in Deutschland“, Leipzig 1968 und 1970.

- 126 Wolfgang Heyl: Wissenschaftliche Leitungstätigkeit – Voraussetzung neuer Erfolge
- 127 Prof. Dr. Neuhaus: Dauerhafte Friedensordnung durch Vertrauen und Verträge
- 128 Heinz Büttner u. a.: Sieg der Gemeinsamkeit – Glück des Volkes
- 129 Siegfried Welz: Die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz – Prinzip sozialistischer Außenpolitik
- 133 Dr. h. c. Otto Nuschke: Verantwortung der Deutschen für Sicherheit und Frieden (Hauptreferat auf dem 4. Deutschen Friedenskongreß im April 1955 in Dresden). Mit einer Einleitung von Walter Bredendiek
- 136 Horst C. Herrmann: 20 Jahre danach – Deutschland und der Geist von Potsdam
- 138 Günter Bauer: Wissen ist Macht – Die Mitverantwortung der christlichen Demokraten für die Ausgestaltung des sozialistischen Bildungssystems
- 139 Siegfried Baltrusch: Für Deutschlands Frieden und Deutschlands Zukunft
- 140 Wolfgang Heyl: Zwanzig Jahre demokratische Bodenreform
- 143 Heinz Büttner: Geordnete Beziehungen – Grundlage gegenseitiger Zusammenarbeit zum Wohle des Volkes
- 144 Gerald Götting: Für die Rettung der Nation – Zusammenarbeit aller friedliebenden Deutschen
- 145 Edmund Meclewski: Neues Leben in Polens West- und Nordgebieten
- 147 Dr. Helmut Dressler: Evangelische Kirche und Revanche-Ideologie in der Weimarer Republik und im Bonner Staat
- 149 Gerhard Desczyk: Vom Friedensdienst der Katholiken
- 152 H. C. Herrmann: Der Bonner Neokolonialismus und seine Unterstützung durch NATO-gebundene westdeutsche Kirchenleitungen
- 153 Pfarrer Götz Bickelhaupt: Auf dem Wege zur engagierten Gemeinde
- 155 Pastor Traute Arnold: Der Christ in der geistig-kulturellen Entwicklung hier und heute
- 157 Christlicher Dienst in den gesellschaftlichen und internationalen Fragen unserer Zeit – Ungarischer Studienbeitrag zur Thematik des Weltkongresses „Kirche und Gesellschaft“
- 161 Dr. Nikolaus Zaske: „Ex oriente pax“
- 162 Dr. theol. habil. Günther Kehnscherper: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und die Kirchen Mitteleuropas

- 163 Die Reformation als Erbe und Auftrag – Aus der „Wegweisung“ der Generalsynode der Reformierten Kirche von Ungarn
- 164 Carl Ordnung: Die Oktoberrevolution verändert die Welt
- 165 Gerald Götting: Reformation – Revolution
- 166 Günter Wirth: Deutsche Friedenspolitik 1917–1967
- 167 Günter Wirth: Christliche Ethik und sozialistische Wirklichkeit
- 168 Metropolit Nikodim von Leningrad und Nowgorod: 50 Jahre Moskauer Patriarchat (1917–1967). Mit einem Vorwort von Gerald Götting
- 170 Werner Wünschmann: Kultur hilft unser Leben meistern
- 171 Walter Bredendiek: Zwischen Revolution und Restauration. Zur Entwicklung im deutschen Protestantismus während der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik
- 172 Metropolit Nikodim: Auftrag und Verantwortung der Gläubigen bei der Erhaltung des Weltfriedens
- 174 Günter Wirth: Der Leninismus und die bürgerlich-demokratischen Kräfte
- 175 Wolfgang Gudenschwager: Zur Kulturpolitik der CDU 1945 bis 1952
- 176 Gerhard Fischer: Wir haben die Geschichte der DDR mitgeschrieben
- 177 Wolfgang Heyl: Was unsere Parteigeschichte lehrt
- 178 Wladimir Petrowitsch Grenkow: In Freundschaft verbunden
- 179 Carl Ordnung: Christen im Ringen um eine bessere Welt

Verkaufspreis 0,50 M – Doppelheft 1.– M

Vertrieb an den Buchhandel durch Union Verlag (VOB), Berlin